

ORDOLIBERALE ANTWORTEN AUF TRUMP, BREXIT UND WIRTSCHAFTSPOPULISMUS

KÖNNEN SIE BÜRGERLICHE WÄHLER ÜBERZEUGEN?



Konrad
Adenauer
Stiftung

ECIPE

EUROPEAN CENTRE
FOR INTERNATIONAL
POLITICAL ECONOMY

INHALT

| | | |
|-------------|---|----|
| 4 | ZUSAMMENFASSUNG | |
| 5 | EINLEITUNG | |
| | ■ <i>Was ist (Wirtschafts)populismus?</i> | 5 |
| | ■ <i>Forschungsfrage</i> | 6 |
| | ■ <i>Aufbau der Studie</i> | 7 |
| 8 | WIE KAM ES ZU TRUMP, BREXIT UND DEN WAHLERFOLGEN RECHTSPOPULISTISCHER PARTEIEN IN KONTINENTALEUROPA? | |
| | ■ <i>Brexit</i> | 10 |
| | ■ <i>Trump</i> | 11 |
| | ■ <i>Aufstieg rechtspopulistischer Parteien in Europa</i> | 12 |
| | ■ <i>Konservative in Deutschland</i> | 13 |
| 20 | ABGLEICH MIT DER ORDOLIBERALEN KONZEPTION | |
| | ■ <i>Ordoliberaler Konzeption</i> | 20 |
| | ■ <i>Ordoliberalismus vs. Wirtschaftspopulismus</i> | 22 |
| | ■ <i>Wertewandel</i> | 23 |
| | ■ <i>Eliten</i> | 25 |
| | ■ <i>Migration</i> | 27 |
| | ■ <i>Zwischenfazit</i> | 29 |
| 30 | HANDLUNGSOPTIONEN: MEHR ORDO WAGEN | |
| | ■ <i>Freihandel</i> | 30 |
| | ■ <i>EU-Reform</i> | 31 |
| | ■ <i>Migration und kultureller Wandel</i> | 32 |
| | ■ <i>Mitsprache und Stil</i> | 34 |
| | ■ <i>Fazit</i> | 35 |
| 37 | LITERATUR | |

Zusammenfassung

- **Die Wahl Donald Trumps, aber auch die Brexit-Entscheidung und Wahlerfolge populistischer Parteien in Kontinentaleuropa wäre nicht ohne die große Zustimmung konservativer Wähler möglich gewesen.** Diese Wähler leiten weniger materielle Sorgen, grundsätzliche Vorbehalte gegen internationalen Freihandel oder eine ausgeprägte Fremdenfeindlichkeit. Vielmehr verbinden diese Wähler stärker als andere Wählergruppen Unbehagen mit dem gesellschaftlichem (Werte-)Wandel und mit einer bislang unbekanntem Migrationsdynamik.
- **Auch Wähler in Deutschland mit konservativen Wertvorstellungen wollen Globalisierung nicht grundsätzlich umkehren** – weder Migration noch den internationalen Handel mit Produkten und Dienstleistungen. Auch charakterisiert sie kein fundamentaler Europaskeptizismus, sondern eine inklusive deutsche und europäische Identität. Allerdings ist bei ihnen eine zunehmende Entfremdung gegenüber Medien und EU-Institutionen festzustellen, wenn auch nicht in dem in Großbritannien und den USA festgestellten Maße.
- **Von ordoliberalen Prinzipien geleitete Politik unterscheidet sich in wesentlichen Punkten grundlegend von einer wirtschaftspopulistischen Politik:** Anders als im Wirtschaftspopulismus werden im Ordoliberalismus die beiden Fundamente „Freiheit“ und „Ordnung“ nicht gegeneinander ausgespielt, sondern sind sich gegenseitig bedingende, unteilbare Elemente einer geistigen Haltung. Wirtschaftspopulisten denken zudem stärker in „Wir-gegen-die“- bzw. „Freund-gegen-Feind“-Kategorien und damit in Kollektiven, während das Individuum im Mittelpunkt der ordoliberalen Analyse steht.
- **Trotz der deutlichen Unterschiede zwischen ordoliberalen und populistischer Wirtschaftspolitik können beide Konzepte Wähler überzeugen,** die sich von den derzeitigen Eliten in Politik und Medien nicht ausreichend repräsentiert fühlen, die bestimmte Formen der Migration kritisieren und denen der gesellschaftliche, kulturelle Wandel zu schnell geht.
- **Aus ordoliberalen Sicht soll der Staat eine Regelordnung setzen, die den Staat vor dem Einfluss von Partikularinteressen und den Einzelnen vor staatlicher Bevormundung schützt.** Wie die Menschen innerhalb dieser Regelordnung ihren frei gewählten Lebensplan umsetzen, ist zunächst ihre Sache. Gewachsene Institutionen, Werte, Gemeinschaften, Traditionen und Umgangsformen bieten innerhalb der Regelordnung sowohl Schutz und Geborgenheit als auch Antworten auf das Bedürfnis nach Wärme, Solidarität und Zugehörigkeit.
- **Zentrale ordoliberale Prinzipien wie Privatautonomie, Rechtsstaatlichkeit, Privateigentum, Haftung und Subsidiarität sind mit vielen der Wertvorstellungen von Wählern vereinbar, die für Brexit, Trump und wirtschaftspopulistische Parteien gestimmt haben.** Besonders in der Freihandelspolitik, bei der Reform der Europäischen Union und der Einwanderungs- und Asylpolitik können mit diesen Prinzipien konkrete Maßnahmen identifiziert werden, die auch konservative Wähler überzeugen: Eine regelgebundene Außenwirtschaftspolitik, Insolvenzverfahren für Staaten, ein konsequenter Schutz der EU-Außengrenzen und eine Trennung in ererbte und erarbeitete Sozialleistungen.
- **Es kommt entscheidend auf den Politikstil und die Diskussionskultur an,** um einer sich weiter vertiefenden Spaltung in den westlichen Demokratien entgegenwirken zu können.
- **Eine durch ordoliberale Prinzipien inspirierte Politik** kann bürgerliche Wähler mit liberalen, konservativen und sozial-christlichen Ansichten überzeugen.

Einleitung

Ein in den vergangenen Jahren gewachsener Vertrauensverlust in viele Institutionen westlicher Demokratien gipfelte 2016 in Entscheidungen historischen Ausmaßes. Die britischen Wähler entschieden sich entgegen der breit getragenen Empfehlung der politischen, wirtschaftlichen, wissenschaftlichen und kulturellen Meinungsführer in Großbritannien, die EU zu verlassen. Wenige Wochen später wurde Donald Trump zum 45. Präsidenten der USA gewählt. Wiederum votierte eine Mehrheit der Wähler gegen die Empfehlung vieler Meinungsführer in Politik, Medien, Kultur und Wissenschaft. In den Niederlanden und Italien äußerte sich eine weit verbreitete Skepsis gegenüber etablierten politischen Eliten in Referenden, in weiteren Staaten in Wahlerfolgen und zunehmender öffentlicher Unterstützung links- und rechtspopulistischer Parteien. In Frankreich überdeckte der Wahlerfolg Emmanuel Macrons die steigende Zustimmung für die politischen Extreme und eine niedrige Wahlbeteiligung. In Deutschland feierte die Alternative für Deutschland ebenfalls steigende, wenn auch im internationalen Vergleich bescheidene Wahlerfolge. Gleichzeitig gewinnen seither innerhalb der AfD die Vertreter eines wirtschaftspopulistischen Kurses gegenüber wirtschaftsliberalen Vertretern an Einfluss.

In den nächsten Jahren wird sich im Ringen um die Weltwirtschaftsordnung der Zukunft zeigen, ob sich diese Prinzipien und mit ihnen offene und freie Märkte durchsetzen, oder ob ein Prozess zunehmender Abschottung einsetzt, der am Ende nur Verlierer kennen kann.

Etablierte Parteien suchen nach Antworten, um ihre in Teilen verunsicherte Wählerschaft zu binden oder zurückzugewinnen. Bei dieser Suche stellen sich gerade für bürgerliche Parteien einige grundlegende Fragen: Wie offensiv können sie für eine Stärkung privatwirtschaftlicher Initiative, für Wettbewerb und einen möglichst freien internationalen Handel eintreten, ohne einen Teil ihrer Wähler zu verschrecken? Wie kann dem Vertrauensverlust in politische Institutionen und wie einem befürchteten Kontrollverlust von wertorientierten Wählern begegnet werden? Sind auch in Kontinentaleuropa und insbesondere Deutschland diese Wählergruppen empfänglich für wirtschaftspopulistische Rezepte?

Ähnliche Fragen stellten sich vor einigen Jahrzehnten bereits ordoliberalen Vordenker wie Walter Eucken, Wilhelm Röpke oder Friedrich August von Hayek. Die von ihnen hervorgehobenen Prinzipien wie Subsidiarität, Haftung und Rechtsstaatlichkeit haben sich in Deutschland bewährt. In den nächsten Jahren wird sich im Ringen um die Weltwirtschaftsordnung der Zukunft zeigen, ob sich diese Prinzipien und mit ihnen offene und freie Märkte durchsetzen, oder ob ein Prozess zunehmender Abschottung einsetzt, der am Ende nur Verlierer kennen kann.

WAS IST (WIRTSCHAFTS)POPULISMUS?

Auch wenn es noch keine allgemeingültige Definition von populistischer Wirtschaftspolitik gibt, zeichnet sich mit zunehmender akademischer Aufmerksamkeit ein immer deutlicheres Bild einer solchen Politik ab. Petersen (2017) zufolge sind folgende Merkmale kennzeichnend:

- Die Lösung wirtschaftspolitischer Probleme wird in schnell wirkenden Maßnahmen gesucht, die mittel- und langfristigen Kosten werden ebenso wie notwendige Strukturreformen ausgeblendet.
- Die Kosten der kurzfristigen Politik werden zukünftigen Generationen aufgebürdet.
- Die wirtschaftlichen Akteure werden in die einheimische Bevölkerung und eine ihr gegenüberstehende kleine Gruppe von Profiteuren aufgeteilt (einheimische Eliten in Politik und Wirtschaft sowie das Ausland).

Zu einer wirtschaftspopulistischen Politik gehören demnach folgende konkrete Instrumente:

„Dauerhaft kreditfinanzierte Steuersenkungen und Staatsausgabenerhöhungen, hohe Importbeschränkungen bei einer gleichzeitigen Subventionierung der exportierenden Unternehmen, massive Eingriffe in das Preissystem durch Subventionen, Mindest- und Höchstpreise sowie eine Verschuldung der gesamten Volkswirtschaft im Ausland“ (Petersen 2017)

Wir bauen unsere Diskussion nachfolgend neben diesen konkreten Instrumenten auf einer Definition von Andersen et al. (2017) auf, die populistische Wirtschaftspolitik wie folgt definieren:

„Populistische Wirtschaftspolitik behauptet Politik für Menschen zu machen, die Angst um ihren Status in der Gesellschaft haben und sich vom politischen Establishment verlassen fühlen. Die populistische Wirtschaftsagenda ist geprägt von einer kurzfristigen Sichtweise, der Verleugnung intertemporaler Budgetbeschränkungen sowie unzureichendem Abwägen von Vor- und Nachteilen verschiedener Politikmaßnahmen und deren Zielkonflikten. Häufig werden Einzelthemen in den Mittelpunkt gestellt, die negativen Aspekte von internationalem wirtschaftlichem Austausch und Migration überbetont und Ausländer oder internationale Institutionen für wirtschaftliche Schwierigkeiten verantwortlich gemacht. Die populistische Wirtschaftsagenda lehnt Kompromisse sowie Gewaltenteilung ab und bevorzugt stattdessen stark vereinfachende Lösungen.“

Diese Definition zielt wie die meisten Populismus-Definitionen nicht nur auf die politischen Inhalte ab, sondern auch auf den Politikstil und die damit verbundene Kompromissbereitschaft, mit der diese Inhalte vertreten werden. Graf Kielmansegg zufolge stehe zwar jeder Politiker einer repräsentativen Demokratie in der Gefahr, als Alltagspopulist im Wettbewerb um Wählerstimmen die Komplexität der Wirklichkeit durch die Fokussierung auf „seine – oft noch nicht zu Ende gedachten – Interessen“ zu vereinfachen. Der radikale Populist gehe aber darüber hinaus und negiere das Ideal „eines argumentierenden Dialogs zwischen Repräsentanten und Repräsentierten“ (Kielmansegg 2017).

FORSCHUNGSFRAGE

Die Formulierung richtungsweisender und glaubwürdiger Antworten auf wirtschaftspopulistische und wiederauflebende protektionistische Tendenzen bedarf der Analyse verschiedener Ursachen. Die akademische und mediale Debatte darüber, wie es zu Trump, Brexit und einem Erstarren (wirtschafts)populistischer Parteien kam, ist in vollem Gange und kann inzwischen auf eine wachsende Zahl empirisch deskriptiver Analysen in verschiedenen Ländern zurückgreifen.

Die vorliegende Studie soll evidenzbasiert und ordnungspolitisch fundiert zu dieser Debatte beitragen und Handlungsoptionen für politische Entscheidungsträger bürgerlicher Parteien herausarbeiten. Diese Handlungsoptionen können helfen, konservative Wähler zu halten bzw. zurückzugewinnen, die auch mit wirtschaftspopulistischen Parteien sympathisieren, ohne dabei die Agenda oder den Stil der wirtschaftspopulistischen Konkurrenz anzupassen.

Die Studie ist von der Frage getrieben, ob ein auf ordoliberalen Prinzipien aufbauender Politikansatz neuen protektionistischen und nationalistischen Tendenzen inhaltlich etwas entgegensetzen und mit breiter Unterstützung insbesondere der konservativen Wähler rechnen kann.

Die Studie ist von der Frage getrieben, ob ein auf ordoliberalen Prinzipien aufbauender Politikansatz neuen protektionistischen und nationalistischen Tendenzen inhaltlich etwas entgegensetzen und mit breiter Unterstützung insbesondere der konservativen Wähler rechnen kann.

AUFBAU DER STUDIE

In Kapitel 2 analysieren wir, warum populistische Parteien in westlichen Demokratien Erfolge feierten, warum breite Wählergruppen für Donald Trump und den Brexit gestimmt haben und welche Wertvorstellungen und Ansichten konservative Wähler in Deutschland im europäischen Vergleich auszeichnet. Dazu werden die wichtigsten empirisch-analytischen Arbeiten vorgestellt und mit dem European Social Survey (ESS) aus dem Jahr 2016 die Eigenschaften „deutscher Konservativer“ im europäischen Vergleich genauer untersucht.

In Kapitel 3 wird die ordoliberale Konzeption auch in Abgrenzung zum Wirtschaftspopulismus dargestellt und werden Positionen von ordoliberalen Vordenkern wie Wilhelm Röpke oder Friedrich August von Hayek zu Wertewandel, Eliten und Migration genauer betrachtet. Die ordoliberale Konzeption wird sowohl mit wirtschaftspopulistischer Politik als auch mit empirischen Befunden zu den Befindlichkeiten, Wahlmotiven und Ansichten der konservativen Wähler in Deutschland, Großbritannien und den USA abgeglichen. Dieser Abgleich dient weniger dazu, die wissenschaftliche Relevanz des Ordoliberalismus zu bewerten, als dessen politische und gesellschaftliche Relevanz in der aktuellen Diskussion rund um den Wirtschaftspopulismus aufzuzeigen. Dass ordoliberale Prinzipien gerade in Zeiten sinkenden Vertrauens in die politischen und medialen Eliten Überzeugungskraft auf weite Teile der Wählerschaft in westlichen Demokratien haben, wird dabei herausgearbeitet.

In Kapitel 4 werden konkrete Handlungsoptionen aus dem ordoliberalen Konzept abgeleitet, die aufgrund der empirischen Ergebnisse (auch) konservative Wähler überzeugen könnten.

Wie kam es zu Trump, Brexit und den Wahlerfolgen rechtspopulistischer Parteien in Kontinentaleuropa?

Wie konnte es zu Trump und Brexit kommen? Drei Erklärungsstränge bilden sich heraus: ein materieller, ein kulturell-identitärer und ein auf medial-politische Repräsentationsdynamiken abstellender Erklärungsansatz (vgl. Golder, 2016; Hobolt und De Vries, 2016).

Der materielle Ansatz fokussiert sich auf die Kosten-Nutzen-Überlegungen der Bürger. Die idealtypische materielle Erklärung stellt auf eine wachsende Einkommens- und Vermögensungleichheit als Folge wirtschaftlicher Globalisierung ab und betont die unterschiedlichen Auswirkungen von freiem Wettbewerb auf Industriezweige und Gruppen innerhalb der Erwerbsbevölkerung. Aus dieser Perspektive wird Kritik an einer liberalen internationalen Wirtschaftsordnung durch Unterstützung populistischer Parteien und Politik kanalisiert, welche eine Verbesserung der Einkommens- und Vermögensverhältnisse durch Einschränkung des Warenhandels sowie des grenzüberschreitenden Austauschs von Arbeitskräften und Kapital versprechen. Unterstützer dieses protektionistischen Kurses sind dieser Argumentation folgend vor allem Mitglieder einer „ökonomisch abgehängten Unterschicht“ und einer wirtschaftlich im Abstieg begriffenen Mittelschicht. Diese Diagnose mündet meist in Forderungen nach mehr sozialstaatlicher Umverteilung und einer stärkeren Regulierung der Arbeits- und Kapitalmärkte, um von der Globalisierung betroffenen Gruppen durch wirtschaftliche Kompensation die Angst vor intensiviertem Wettbewerb auf offenen Arbeitsmärkten zu nehmen.

Der kulturell-identitäre Erklärungsansatz betont unabhängig von materiellen Interessen die Bedeutung kulturell bedingter Werteorientierungen und Identitäten. Aus dieser Perspektive spielen vor allem ein in der Öffentlichkeit wahrgenommener Wertewandel¹ sowie eine wachsende kulturelle und ethnische Heterogenität für die öffentliche Meinung eine wichtige Rolle. Kulturelle Veränderungen mit Auswirkung auf die Bezugsgruppe, die Nation oder die lokalen Gemeinschaften führen zu Ängsten und Verunsicherungen bei Menschen, die sich diesen Gruppen zugehörig fühlen. Aus polit-ökonomischer Sicht ist hier entscheidend, dass ökonomische Erwartungen für das Wahlverhalten und die Formierung politischer Meinungen zweitrangig sind. Stattdessen kommt der wahrgenommenen kulturellen Dynamik eine entscheidendere Rolle zu.

Ein dritter Ansatz stellt auf die Bedeutung der Repräsentation ab und rückt das Verhalten der meinungsbildenden politischen, medialen und kulturellen Eliten in den Fokus. Gemäß diesem dritten Erklärungsstrang fühlen sich Teile der Bevölkerung von einer als verantwortungslos empfundenen Elite nicht mehr ausreichend repräsentiert. Sie drücken ihr verlorenes Vertrauen durch die Unterstützung häufig junger, regimekritischer Bewegungen und Parteien bzw. durch eine Abwendung von etablierten politischen Institutionen aus. Hiernach spielt für Betroffene weniger eine Rolle, ob deren politische Präferenzen durch eine Regierung vollumfänglich umgesetzt werden, sondern inwieweit ihre Anliegen und Wertevorstellungen durch das politische System, insbesondere im politischen und medialen Elitendiskurs, adäquat adressiert werden.

1 | Populär wurde die These Ingleharts (1971) vom Wertewandel als einer „Stillen Revolution“, in der wachsender Wohlstand in Industrienationen mit einer Abkehr von „materialistischen“ hin zu „post-materialistischen“ Werten einhergeht.

Politische Entwicklungen wie der Brexit, der Wahlerfolg Donald Trumps und die Wahlerfolge populistischer Parteien in Europa lassen sich nicht allein durch einen Ansatz erklären. Gleichwohl ermöglichen existierende empirische Arbeiten eine Gewichtung der Erklärungsstränge. Zudem lässt sich zeigen, dass insbesondere konservative Wähler, die sich durch ein überdurchschnittliches Interesse an Stabilität und Sicherheit, gesellschaftlicher Konformität sowie Beachtung von Traditionen und Bräuchen auszeichnen (Schwartz, 1992), in den vergangenen Jahren für populistische Politikprogramme aufgeschlossen waren.

Das gilt auch für Deutschland. Bei der Bundestagswahl 2017 wanderten fast eine Million Wähler von den Unionsparteien zur AfD, und auch über 1,2 Millionen Nichtwähler gaben ihre Stimme der AfD. Insbesondere Letztere eint häufig ein eher konservatives Weltbild. Einer Studie der Bertelsmann-Stiftung über die sozialen Hintergründe der AfD-Wählerschaft zufolge äußern sich zwei Drittel der AfD-Wähler gegenüber den sozial-kulturellen Modernisierungsprozessen skeptisch (Vehrkamp und Wegschnaider, 2017, S. 60). Eine konservative Grundorientierung scheint also von besonderer Bedeutung für die Erklärung des Wahlergebnisses.

Wer sind Konservative gemäß dem European Social Survey?

Der ESS misst die von Schwartz (1992) etablierten persönlichen Wertorientierungen, von denen mittels Hauptkomponentenanalyse (HKA) drei zentrale konservative Werte identifiziert wurden. Da eine konservative Wertorientierung selbst nicht direkt empirisch erfasst werden kann, werden mittels HKA Linearkombinationen verschiedener Werte ermittelt. Eine konservative Orientierung zeichnet sich demnach vor allem durch die Werte „Stabilität und Sicherheit“, „Konformität“ und die „Beachtung von Traditionen und Bräuchen“ aus. Als Konservative werden demnach in der Analyse Menschen aufgefasst, welche auf die drei Items mit „Ist mir etwas ähnlich“, „Ist mir ähnlich“ oder „Ist mir sehr ähnlich“ geantwortet haben:

■ **Tradition ist ihm/ihr wichtig.**

Er/sie versucht, sich an die Sitten und Gebräuche zu halten, die ihm von seiner Religion oder seiner Familie überliefert wurden.

■ **Es ist ihm wichtig, sich jederzeit korrekt zu verhalten.**

Er vermeidet es, Dinge zu tun, die andere Leute für falsch halten könnten.

■ **Es ist ihm wichtig, in einem sicheren Umfeld zu leben.**

Er vermeidet alles, was seine Sicherheit gefährden könnte.

Wir konzentrieren uns im Folgenden auf die Gruppe der konservativen, wertorientierten Bürgerlichen, da sie für die oben genannten wirtschaftspopulistischen Wahlerfolge der vergangenen Jahre mitverantwortlich gemacht werden können. Ohne die große Zustimmung dieser Wählergruppe wäre es nicht zum Wahlerfolg Trumps und auch nicht zum Brexit-Votum gekommen. Auch in Deutschland machen Wähler mit einem eher konservativen Weltbild einen großen Teil der (potentiellen) Wählerschaft der AfD aus. Gleichzeitig führt die unterschiedliche Empfänglichkeit für Wirtschaftspopulismus zu einem Richtungsstreit in vielen Mitte-Rechts-Parteien. Beispiele hierfür sind der Richtungsstreit innerhalb der Trump-Administration und die Flügelkämpfe unter den Tories (The Economist, 2017; The Wall Street Journal, 2017).

Wie Hutter und Kriesi (2013) zeigen, äußert sich Protest von konservativen und rechten Bewegungen anders als der von linken Bewegungen, selten über lautstarken Protest etwa auf der Straße, sondern viel stärker über Wahlen. Eine eingehende Untersuchung der Präferenzen, Werte und Motive dieser Wählergruppen erscheint gerade vor diesem Hintergrund ratsam, will man als Bürger, Politiker oder Beobachter nicht von einer sich an Wahl- und Referendumstagen entladenden Proteststimmung überrascht werden.

BREXIT

In Großbritannien fiel die Unterstützung für den Brexit höchst ungleich aus. Zunächst springt der Stadt-Land-Gegensatz ins Auge. In Großstädten wie London, Liverpool oder Manchester stimmten jeweils rund 60 Prozent der Briten für einen Verbleib in der EU. Im Gegensatz dazu votierten ländliche Gebiete, strukturschwache aber auch starke Regionen, mehrheitlich für einen Austritt. Diverse Analysen von Umfragen zeigen, dass für die Brexit-Befürworter vor allem die kulturelle und weniger die wirtschaftliche Dimension für ihre Entscheidung ausschlaggebend war (vgl. etwa Goodwin und Milazzo, 2017; Owen und Walter, 2017). Das Argument eines Wohlfahrtschauvinismus, wie etwa Gietel-Basten (2016) postuliert, lässt sich somit nicht erhärten, da abgesehen von Immigration selbst Armut, Ungleichheit und das nationale Gesundheitssystem (NHS) für die Brexit-Befürworter weit weniger wichtig erschienen als etwa die Bedrohung durch den Terrorismus (vgl. Kauffmann, 2016). Eine Umfrage, die nach dem Referendum durchgeführt wurde, zeigt, dass 69 Prozent der Briten Beschränkungen der freien Zuwanderung unterstützen, insbesondere um die Zahl von niedrigqualifizierten Zuwanderern aus anderen Teilen der EU zu reduzieren (The Guardian, 2016). Diese Gruppe hatte sich relativ häufig außerhalb der Metropolen niedergelassen und dort eine starke Zunahme der Migrationsrate hervorgerufen.

Dieses Ergebnis passt auch zu den unterschiedlichen Abstimmungsergebnissen in Bezirken mit hohem bzw. niedrigem Migrantenanteil. So stimmten zwar Briten in Bezirken mit hohem Ausländeranteil eher für einen Verbleib Großbritanniens in der EU, allerdings erklärt die Veränderung des Ausländeranteils einen deutlich größeren Teil des regionalen Wahlverhaltens als der bestehende Ausländeranteil. So stimmten beispielsweise im Wahlbezirk mit der höchsten durchschnittlichen Zuwanderungsrate von 2001 bis 2014 drei Viertel der Wähler für einen Brexit. Die relative Zunahme von ethnischer Heterogenität in der unmittelbaren Nachbarschaft zeigt entsprechend eine größere Erklärungskraft für das Wahlverhalten als der absolute Migrantenanteil (vgl. Kaufmann, 2016).

Die Brexit-Befürworter sind in der Mehrheit nicht per se ausländerfeindlich, sondern haben differenzierte Einstellungen zur Migration.

Die Brexit-Befürworter sind in der Mehrheit nicht per se ausländerfeindlich, sondern haben differenzierte Einstellungen zur Migration: So sind 77 Prozent von ihnen der Meinung, EU-Migranten, die bereits in Großbritannien leben und sich integriert haben, sollten auch nach dem Brexit in Großbritannien bleiben dürfen (The Guardian, 2016).

Interessant ist auch der Befund, dass Einkommensunterschiede auf der individuellen Ebene weniger relevant erscheinen als persönliche Werteordnungen. Personen, die Autorität bzw. Gehorsam vor Offenheit stellen, unterstützen durchschnittlich weit häufiger einen Brexit. Auch ein durch kulturellen Wandel hervorgerufenen Gefühl des Kontrollverlustes lässt sich jenseits des Brexit-Referendums festmachen. Über 60 Prozent der Briten und Amerikaner stimmen folgender Aussage zu: „[Mein Land] hat sich in den letzten Jahren massiv gewandelt, man fühlt sich wie in einem fremden Land und das bereitet mir Unbehagen“ (Goodhart, 2017, S. 42; eigene Übersetzung).

Ergänzend zum kulturell-identitären Ansatz erklärt der elitenkritische Ansatz den Wahlerfolg des Brexit-Lagers. In den vergangenen Jahren ist das Vertrauen in die

sogenannte Meinungselite, insbesondere Journalisten und Politiker, dramatisch gesunken, während das Vertrauen in Funktionseleiten, wie etwa Ärzte, Staatsbeamte und Richter, deutlich weniger gelitten hat. Binnen eines Jahres fiel gemäß dem Edelman-Trust-Barometer das Vertrauen der Briten in die Medien von 36 auf 24 Prozent (Edelman Intelligence, 2016). Auch das Vertrauen in die Politik generell und in europäische Institutionen wie das Europäische Parlament ist von einem bereits niedrigen Niveau weiter gesunken, wobei das Vertrauen der Brexit-Befürworter noch geringer ausfällt (vgl. Inglehart und Norris, 2016).

TRUMP

Stärker noch als im Falle des Brexit-Referendums ist die Erklärung für den Erfolg Donald Trumps in der öffentlichen Debatte umstritten. Ein auf den ersten Blick vielversprechender materieller Ansatz stützt sich auf die starke Zunahme der wirtschaftlichen Ungleichheit in den USA. Demnach hat insbesondere die Finanz- und anschließende Wirtschaftskrise zu einer Prekarisierung der weißen amerikanischen Mittel- und Unterschicht geführt (vgl. Hallin, 2018; Hirsh, 2016). Donald Trumps protektionistisches Wirtschaftsprogramm sollte daher insbesondere als Schutz gegen Verarmungsrisiken aufgrund von ausländischen Güterimporten und Immigration in den Arbeitsmarkt, vor allem aus Lateinamerika, gesehen werden. Die Vorwahlbefragungen und Analysen des Abstimmungsverhalten erhärten jedoch keinen kausalen Zusammenhang.² Es sind vielmehr gerade die Wählerinnen und Wähler, welche überhaupt keine Sympathien für Trump zeigen, die sich besonders um die Einkommens- und Vermögensverteilung in den USA sorgen (vgl. Kauffmann, 2016).

Auch die Unterstützer Donald Trumps sahen vor allem in der Immigration das wichtigste politische Problemfeld. Wirtschaftliche Ungleichheit spielte hingegen eine untergeordnete Rolle. Gegen den materiellen Ansatz spricht zudem, dass Einkommensunterschiede der Wähler nicht signifikant mit der Popularität Trumps variieren. Hingegen neigen Wähler, denen Gehorsam wichtiger als Offenheit für Neues ist, zu starker Parteinahme für Trump (vgl. Kaufmann, 2016). Wie bei den Brexit-Befürwortern sind auch die Meinungen der Trump-Wähler zu Migrationsfragen stark differenziert. Die große Mehrheit von ihnen sieht in illegaler Migration ein großes Problem. Gleichzeitig sind aber 60 Prozent der Trump-Wähler der Meinung, illegale Migranten sollten die Möglichkeit haben, im Land zu bleiben, wenn sie bestimmte Vorgaben erfüllen (Pew Research Center, 2016).

Noch stärker als im Falle des Brexits wiegt der Vertrauensverlust in die Meinungselite der USA. Gemäß einer Umfrage von Gallup (2017) hatte kaum noch ein Fünftel der US-Bevölkerung im Dezember 2016 „großes“ oder zumindest „etwas“ Vertrauen in Zeitungen und Fernsehnachrichten. Hierzu hat wahrscheinlich auch beigetragen, dass eine überwiegende Mehrheit von 90 Prozent der Journalisten in Washington privat die Demokraten unterstützt (vgl. Groseclose, 2011).³ Dass sich das Misstrauen der Trump-Wähler nicht primär gegen die wirtschaftliche, sondern die kulturelle und politische Elite richtete, wird nicht zuletzt am Kandidaten Trump deutlich. Er zählt zwar unzweifelhaft zur ökonomischen, nicht aber zur kulturellen Elite und zugleich nicht zum politischen Establishment.

2 | Vgl. Hainmueller und Hopkins (2014, S. 241), die den Forschungsstand vor der Wahl Trumps folgendermaßen zusammenfassen: „As an explanation of mass attitudes toward immigration, the labor market competition hypothesis has repeatedly failed to find empirical support, making it something of a zombie theory.“

3 | Interessant ist hierbei auch, dass in Washington D.C. über 90 Prozent der Wähler für Hillary Clinton stimmten. Hinsichtlich einseitiger Berichterstattung in Sachen Trump werden die US-Medien jedoch von deutschen Medien noch übertroffen. Während der ersten 100 Tage von Trumps Präsidentschaft waren 98 Prozent der ARD-Berichte über ihn negativ, die höchste Zahl aller international untersuchten Medien (Yack 2017).

Auch die Unterstützer Donald Trumps sahen vor allem in der Immigration das wichtigste politische Problemfeld. Wirtschaftliche Ungleichheit spielte hingegen eine untergeordnete Rolle.

AUFSTIEG RECHTSPOPULISTISCHER PARTEIEN IN EUROPA

Auch jenseits der angelsächsischen Welt waren elitenkritische populistische Bewegungen erfolgreich. Populistische Parteien haben seit den 1960er-Jahren deutlich an Unterstützung gewonnen (Inglehart und Norris, 2016, S. 37). Im Durchschnitt gaben über diesen Zeitraum europäische Wähler ein Viertel ihrer Stimmen rechts- oder linkspopulistischen Parteien, wobei seit der Jahrtausendwende insbesondere Parteien rechts der politischen Mitte von zunehmender Unterstützung profitiert haben. Während der Erfolg linkspopulistischer Bewegungen primär mit den lokalen Auswirkungen der Eurokrise in Verbindung gebracht wird, erklärt die Forschung den Erfolg rechtspopulistischer Parteien vor allem im Rückgriff auf kulturell-identitäre Ansätze und die wahrgenommene Repräsentationslücke, insbesondere im Kontext der EU (vgl. Golder, 2016; Halla et al., 2015; Inglehart und Norris, 2017; Rooduijn et al., 2017).

Inglehart und Norris (2016) zufolge erklären neben den demographischen Faktoren (Männer, Ältere und religiöse Menschen wählen demnach häufiger populistische Parteien) vor allem kulturelle Faktoren die Wahlerfolge populistischer Parteien in Europa. Wesentlich zur Erklärung tragen Werteinstellungen bei, die Inglehart und Norris „authoritarian values“ nennen, die aber bei genauem Hinsehen den konservativen Wertvorstellungen entsprechen, die wir zur Abgrenzung Konservativer im Folgenden nutzen (Tradition, Sitten und Gebräuche sind für diese Wähler ebenso wichtig wie in einem sicheren Umfeld zu wohnen und sich korrekt zu verhalten). Aus diesen Werten ein generelles Bedürfnis nach starken Autoritäten abzuleiten, erscheint missverständlich.

Studien der vergangenen Monate bestätigen den Befund, wonach auch in Kontinentaleuropa neben den kulturellen Faktoren intensive Migrationsbewegungen die Wahrscheinlichkeit rechtspopulistischer Wahlerfolge erhöht haben (Davis und Deole, 2018). Wohlfahrts- und Arbeitsmarktkonkurrenz scheinen etwa für die jüngsten Erfolge der AfD nur eine untergeordnete Rolle zu spielen, wohl aber Überfremdungsängste auf lokaler Ebene, die sich insbesondere im Rahmen der Flüchtlingskrise seit dem Herbst 2015 intensiviert haben. Dies deckt sich mit Erkenntnissen einer durch die gewerkschaftsnahe Hans-Böckler-Stiftung durchgeführte Studie (Hillmer et al., 2017, S. 26 ff.). Demnach befinden sich Wähler der AfD „überwiegend nicht in einer finanziell prekären Situation“, ihr Nettoeinkommen liegt nur marginal unterhalb des Durchschnitts. Dieser Effekt lässt sich auch für Griechenland nachweisen (Hanggartner et al., 2017). Dortige Inselbewohner, die lokal besonders stark Migrationsströmen ausgesetzt waren, sind auch noch in Zeiten massiv verringerter Immigration und Umverteilung deutlich kritischer gegenüber der Aufnahme von Flüchtlingen eingestellt.

Die Bedeutung kulturell bedingter Überfremdungsängste für die Erfolge rechtspopulistischer Parteien lässt sich auch am erwarteten Bevölkerungsanteil von Muslimen in europäischen Gesellschaften erkennen. Rechtspopulisten scheinen besonders in solchen Gesellschaften erfolgreich zu sein, wo in den kommenden Jahren ein Wachstum der muslimischen Bevölkerungsgruppen prognostiziert wird (Kauffmann, 2017a). Nicht nur Bedenken vor religiöser Diversität beschäftigen die Wähler rechtspopulistischer Parteien in Kontinentaleuropa. Gemäß einer Studie der Bertelsmann-Stiftung (De Vries und Hoffmann, 2016, S. 26) äußern über die Hälfte der Europäer (53 Prozent) Ängste, die Globalisierung bedrohe ihre nationale Identität, ihre Traditionen und Lebensweisen. Zudem erachten demnach Bürger, die sich als Verlierer der Globalisierung sehen, Migration mehrheitlich als „große globale Herausforderung“ und fühlen sich „eher wie Fremde in ihrem eigenen Land“ – im Gegensatz zu selbsternannten Globalisierungsgewinnern.⁴

4 | Hierbei wird lediglich die Meinung der Bevölkerung zwischen 14–65 Jahren wiedergegeben. In Anbetracht der generationellen Unterschiede werden die in der Gesamtbevölkerung vorhandenen Unterschiede daher tendenziell eher unter- als überschätzt.

Diese kulturell-identitären Erfolgsfaktoren rechtspopulistischer Parteien werden durch eine wahrgenommene Repräsentationslücke durch politische und mediale Eliten insbesondere im Bereich der Migrations- und Europapolitik verstärkt, während eine liberale Wirtschaftspolitik offenbar weniger als elitär wahrgenommen wird. Gerade im Bezug auf die Handelspolitik zeigt sich, dass die Mehrheit der Europäer (gemäß dem Eurobarometer (November 2015) 54 Prozent Unterstützer gegenüber 32 Prozent Gegnern) Freihandelsabkommen unterstützt.

Auch die Erfolge rechtspopulistischer Parteien sind nicht von ihrer wirtschaftspolitischen Ausrichtung getrieben. Beispiele hierfür sind die Parlamentswahlen in den Niederlanden und Österreich. Sowohl die Volkspartei für Freiheit und Demokratie (VVD) als auch die Österreichische Volkspartei (ÖVP) konnten mit explizit wirtschaftsliberalen und gleichzeitig migrationskritischen Programmen nationale Wahlen auch gegen wirtschaftspopulistischen Druck von rechts gewinnen. Diese Positionierung scheint dem Entfremdungsgefühl potentieller Wähler rechtspopulistischer Parteien entgegenzuwirken. Dass Entfremdung zwischen den Wertvorstellungen der europäischen Bevölkerung und denen ihrer Eliten ein Problem ist, hat auch eine Chatham-House-Studie (Goodwin und Raines, 2017) gezeigt. Beim Vergleich der Haltung von Entscheidern aus Politik, Medien, Wirtschaft und Zivilgesellschaft mit der Haltung der Bevölkerungsmehrheit in zehn EU-Mitgliedsstaaten fällt auf, dass Eliten (37 Prozent) häufiger als die breite Bevölkerung (24 Prozent) mehr Kompetenzen von der nationalen auf die europäische Ebene übertragen wollen. Beim Thema Migration ist der Unterschied noch größer. Während 57 Prozent der Eliten der Meinung sind, Migration habe ihrem Land geholfen, teilen nur 25 Prozent der Bürger dieser Meinung. 56 Prozent wollen die Migration aus muslimischen Ländern begrenzen, während nur 32 Prozent der Eliten diese Meinung vertreten.

KONSERVATIVE IN DEUTSCHLAND

Es stellt sich also die Frage, inwieweit sich die Befunde für die USA, Großbritannien und Kontinentaleuropa auch speziell für Deutschland erhärten lassen. Hierzu werden neben existierenden Studien Daten des European Social Survey 2016 (ESS Round 8, 2016) und des Eurobarometer Survey (EB 87.2, 2017) analysiert. Die Datenerhebungen fanden im Herbst 2016 sowie im Mai 2017 statt. Da im Gegensatz zu vielen anderen Studien nicht auf einzelne Wahl- oder Referendumsergebnisse bzw. Auswirkungen spezifischer Ereignisse wie die Flüchtlingskrise abgestellt wird, ist die hohe Datendichte und wissenschaftliche Fundierung der Datenerhebung höher zu gewichten als ihre tagespolitische Aktualität.

Gemäß ESS können 25 Prozent der Deutschen als Konservative im oben definierten Sinn aufgefasst werden. Diese Wähler ordnen sich auf der politischen Skala (von 0 = links bis 10 = rechts) mit einem Mittelwert von 4,8 signifikant häufiger als „Mitte-rechts“ ein als andere Deutsche, für die der Mittelwert 4,1 beträgt. Diese Orientierung nach rechts zeigt sich auch bei der gefühlten Nähe zu Parteien. Etwas mehr als die Hälfte der Deutschen fühlt sich einer Partei verbunden. Parteiverbundene Konservative unterstützen überwiegend die Union (38 Prozent) und SPD (27 Prozent) sowie die AfD (10 Prozent), hingegen deutlich seltener als Nicht-Konservative die Parteien Die Linke (7 Prozent), Die Grünen (6 Prozent) und die FDP (5 Prozent).

Vertrauen in Institutionen und Repräsentationslücke

Das sinkende Vertrauen in politische Institutionen äußert sich bei deutschen Konservativen vor allem auf europäischer Ebene. Dem Europaparlament vertrauen sie weniger als Menschen mit anderer Werteordnung, auch wenn man für die subjektive finanzielle Lage des Haushalts kontrolliert. Um unter sonst gleichen Umständen die gleiche Effektgröße

*Das sinkende Vertrauen
in politische Institutionen
äußert sich bei deutschen
Konservativen vor allem
auf europäischer Ebene.*

durch eine veränderte materielle Lage zu erreichen, müssten Befragte ihre Einkommenslage statt *komfortabel* als *schwierig* bis *sehr schwierig* einstufen. Materielle Verhältnisse können daher nicht als Hauptgrund für das unterschiedliche Vertrauen der Deutschen in die EU herangezogen werden.

Auch beim Vertrauen in die Medien ergeben sich deutliche Unterschiede je nach politischer Orientierung. Eine Studie zum Vertrauen der Deutschen in Nachrichten (Reuters Institute Digital News Survey 2017) zeigt, dass über die Hälfte der politisch in der Mitte bzw. politisch links Verorteten „dem Großteil der Nachrichten meist vertrauen“. Skeptischer zeigen sich politisch rechts Orientierte, von denen nur 31 Prozent ein entsprechendes Vertrauen angeben.

Ein Grund für diese unterschiedliche Wahrnehmung scheint ähnlich wie in den USA mit der wahrgenommenen Parteilichkeit der Medien zusammenzuhängen. Einer weithin diskutierten Studie der Otto-Brenner-Stiftung über die Berichterstattung deutscher Leitmedien während der Flüchtlingskrise zufolge „schreiben die Korrespondenten nicht selten in einer Diktion, die persönliche Nähe, auch Vertrautheit zur politischen Elite suggeriert“ (Haller 2017, S. 134). Diese unzureichende Abgrenzung zur politischen Elite dürfte sich insbesondere bei Konservativen, die eine kritisch-differenzierte Wahrnehmung von Migration teilen, negativ auf das Vertrauen in die deutschen Medien-schaffenden ausgewirkt haben. Hinzukommt, dass sich die Mehrheit deutscher Journalisten im Durchschnitt links der Mitte einordnet (Lünenborg, Berghofer 2010, S. 13.), was die Wahrnehmung einer unzureichenden Repräsentation bürgerlicher Positionen im medialen Diskurs bestärken mag.⁵

Haltung zur Migrations- und Europapolitik

Für die Erfolge rechtspopulistischer Parteien in Europa waren insbesondere ihre migrations- und europapolitischen Positionen in den vergangenen Jahren entscheidend. Dies gilt auch für Deutschland. Dabei teilen eher konservative Wähler in Deutschland keine isolationistische Grundhaltung gegenüber Immigration und äußern darüber hinaus eine differenzierte Haltung je nach kulturellem und wirtschaftlichen Hintergrund der Migrantengruppe. Selbst gegenüber Migranten ethnisch anderer Gruppen als ihrer eigenen sprechen sich nur 10 Prozent explizit für ein Immigrationsverbot aus. Das sind zwar deutlich mehr als unter Nicht-Konservativen, bedeutender aber ist die Gruppe derer, die einige bzw. wenige Ausländer aufnehmen wollen. Offener zeigen sich Konservative gegenüber Migration von Menschen der gleichen Ethnie. Konservative sprechen sich entsprechend mehrheitlich für eine Begrenzung, nicht für eine Isolation aus.

Dies wird auch bei der Haltung zur Vergabe des Flüchtlingsstatus deutlich. Die Mehrheit der Konservativen in Deutschland lehnt eine großzügige Vergabe des Flüchtlingsstatus ab. Hierbei scheint eine Rolle zu spielen, dass die Ursachen für Immigration von Flüchtlingen nicht primär in Verfolgung gesehen werden. Zur Erklärung der unterschiedlichen migrationspolitischen Präferenzen bleiben Wertvorstellungen relevant, auch wenn man für alternative Erklärungsstränge wie allgemeine Lebenszufriedenheit und subjektive finanzielle Lage des Haushalts kontrolliert. Zwar sind Menschen, die mit ihrer finanziellen Haushaltsituation zufrieden sind, offener für Immigration, allerdings wirkt sich das Weltbild deutlich stärker als die Einschätzung der materiellen Lage auf die migrationspolitischen Präferenzen aus (siehe Tabelle 1). Konservative sehen Immigration stärker als ein kulturelles denn als ein wirtschaftliches Thema an. Dies zeigt

⁵ | Ähnlich wie im amerikanischen und britischen Diskurs wird hierfür auch in Deutschland zunehmend das Bild der „Berliner Blase“ bemüht (vgl. hierzu Haffert 2018).

sich auch bei der Beurteilung unterschiedlicher Arten von Migration. Besonders skeptisch zeigen sich Konservative, wenn es um Immigration von Gruppen mit anderem ethnischen Hintergrund als der deutschen Mehrheit geht (vgl. Grafik 1), während eine Mehrheit von über 80 Prozent der Immigration von einigen bzw. vielen Menschen derselben Ethnie zustimmt (vgl. Grafik 2). Aber auch Einwanderung in den Sozialstaat beunruhigt deutsche Konservative stärker als den Rest der Bevölkerung. Immerhin 42 Prozent dieser Wählergruppe stimmten der Aussage zu, dass die Mehrheit der Bewerber um einen Flüchtlingsstatus in ihren Herkunftsländern nicht wirklich bedroht werden. Unter den Nicht-Konservativen teilen diese Ansicht immerhin noch 32 Prozent. Insgesamt fordern konservative wie nicht-konservative Deutsche mehrheitlich, dass Einwanderer erst, nachdem sie gearbeitet und ins Sozialsystem eingezahlt haben, staatliche Leistungen beziehen dürfen. Konservative sind außerdem überdurchschnittlich häufig der Ansicht, dass ihnen dieses Recht erst mit der Staatsbürgerschaft zukommen sollte.

Deutsche Konservative mögen also im Allgemeinen patriotischer sein als andere Deutsche, ihre

Identität ist jedoch genauso inklusiv europäisch wie die der Mehrheit der Gesellschaft.

Deutsche mit konservativem Weltbild bewerten die Auswirkungen von Immigration deutlich kritischer als ihre Mitbürger (vgl. Grafik 3). Die Behauptung, dass Abstiegsängste und nicht Ängste vor kultureller Entfremdung der eigentliche Grund für die Forderungen nach einer restriktiveren Einwanderungspolitik sind, lassen sich jedoch nicht erhärten. Im Gegenteil deuten die Daten darauf hin, dass ein auf den Arbeitsmarkt hin ausgerichtetes regelgebundenes Einwanderungsrecht, welches Ängste vor kultureller Entfremdung berücksichtigt, unter Konservativen mehrheitsfähig ist.

Konservative in Deutschland fühlen sich zwar stärker als andere Deutsche an den deutschen Nationalstaat gebunden, jedoch gibt es keinen Unterschied in der emotionalen Bindung an Europa. Mit anderen Worten: Deutsche Konservative mögen im Allgemeinen patriotischer sein als andere Deutsche, ihre Identität ist jedoch genauso inklusiv europäisch wie die der Mehrheit der Gesellschaft. Hierin unterscheiden sich die deutschen Konservativen jedoch von ihren britischen Gesinnungsgenossen: 80 Prozent von ihnen würden für einen Verbleib in der EU stimmen (vgl. Grafik 5). Radikale, polarisierende, rechte und linke Forderungen nach einer Auflösung der EU entsprechen also nicht den Präferenzen der großen Mehrheit der wertorientierten Bürgerlichen in Deutschland.

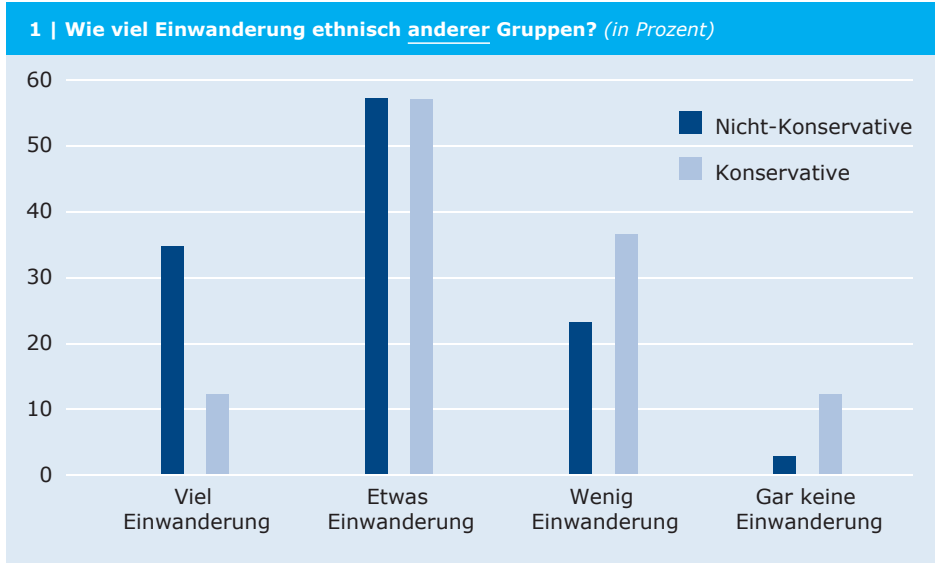
TAB 1 | Die Bedeutung konservativer Wertvorstellungen für die Haltung zur Migration

| | Folgen für Kultur in Deutschland | Folgen für Wirtschaft in Deutschland | Unterstützung für Einwanderung aus ärmeren Ländern | Unterstützung für Einwanderung anderer ethnischer Gruppen | Unterstützung für Einwanderung gleicher ethnischer Gruppe |
|---|---|---|---|--|--|
| <i>Konservative Wertvorstellungen</i> | -1.056*** (-8.36) | -0.726*** (-6.45) | -0.356*** (-68.62) | -0.405*** (-10.64) | -0.252*** (-7.71) |
| <i>Lebenszufriedenheit</i> | 0.195*** (5.51) | 0.190*** (6.34) | 0.0539** (4.89) | 0.0513*** (5.05) | 0.0416** (4.76) |
| <i>Finanzielle Lage des Haushalts</i> | 0.337*** (3.95) | 0.378*** (5.14) | 0.116*** (4.27) | 0.175*** (7.01) | 0.168*** (7.82) |
| n | 2141 | 2129 | 2130 | 2128 | 2133 |
| Adj. R2 | 0.075 | 0.071 | 0.069 | 0.111 | 0.092 |

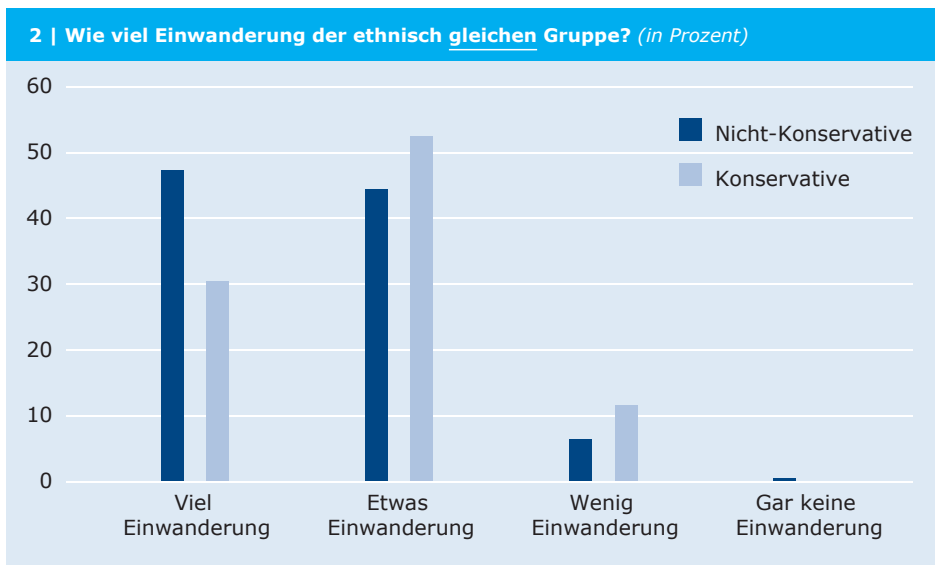
t-Statistik in Klammern, * p<0.05, ** p<0.01, *** p<0.001

Die Bedeutung konservativer Wertvorstellungen für die Meinungsbildung zur Migration lässt sich mittels linearer Regressionsmodelle schätzen. Hält man andere Faktoren wie die selbst eingeschätzte Haushaltslage und die Lebenszufriedenheit konstant, so korrelieren konservative Wertvorstellungen mit einer negativen Bewertung der Folgen von Immigration nach Deutschland und unterschiedlicher Einwanderergruppen, insbesondere von Einwanderern mit anderem ethnischen Hintergrund. (Eigene Berechnungen auf Grundlage des ESS8.)

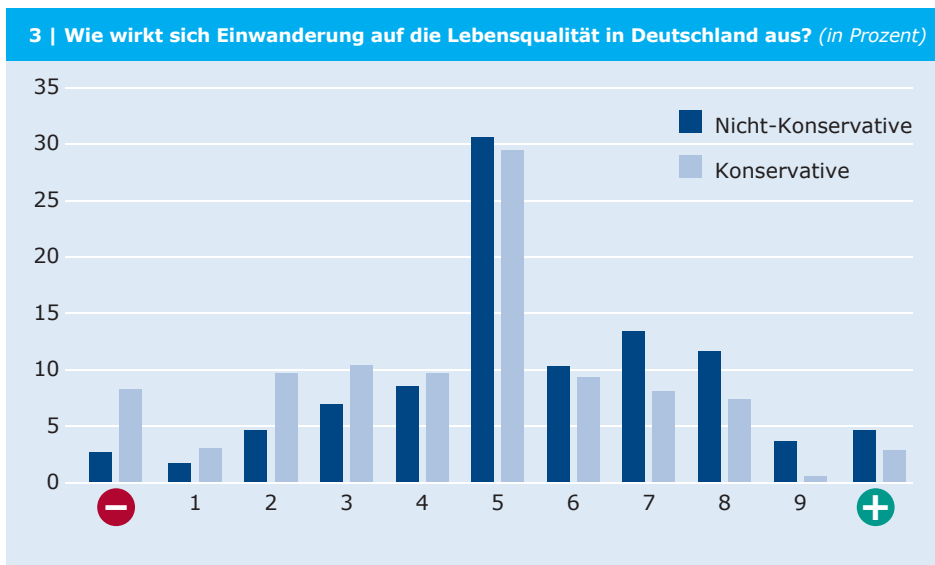
Konservative in Deutschland präferieren niedrigere Einwanderungsraten ethnisch anderer Gruppen als ihre Mitbürger. Gleichzeitig fordert nur eine Minderheit einen Einwanderungsstopp.
(Eigene Berechnungen auf Grundlage des ESS8)



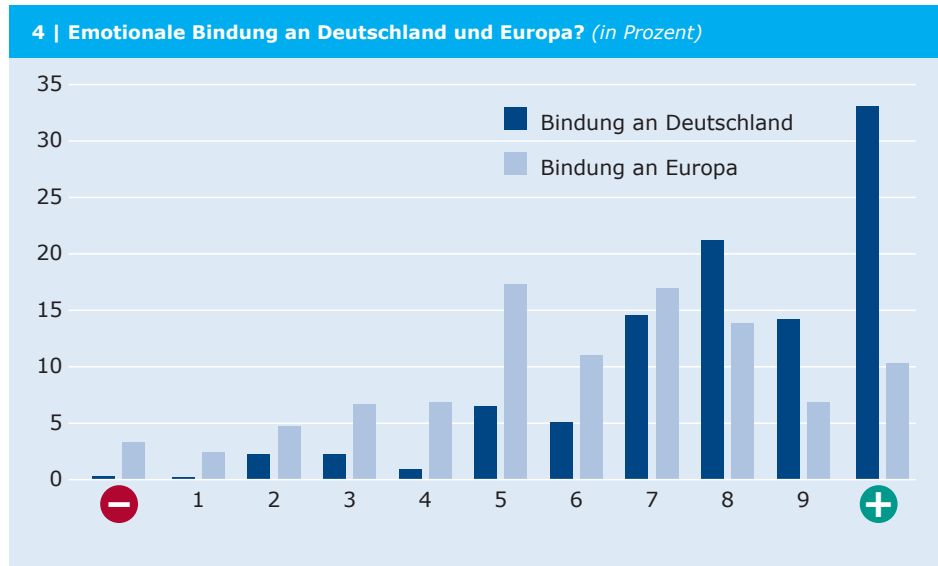
Weniger skeptisch sind Konservative gegenüber Einwanderern mit gleichem ethnischen Hintergrund. Auch hier zeigt sich, dass sie im Gegensatz zu Deutschen mit anderen Wertvorstellungen moderate Zuwanderungsraten bevorzugen.
(Eigene Berechnungen auf Grundlage des ESS8)



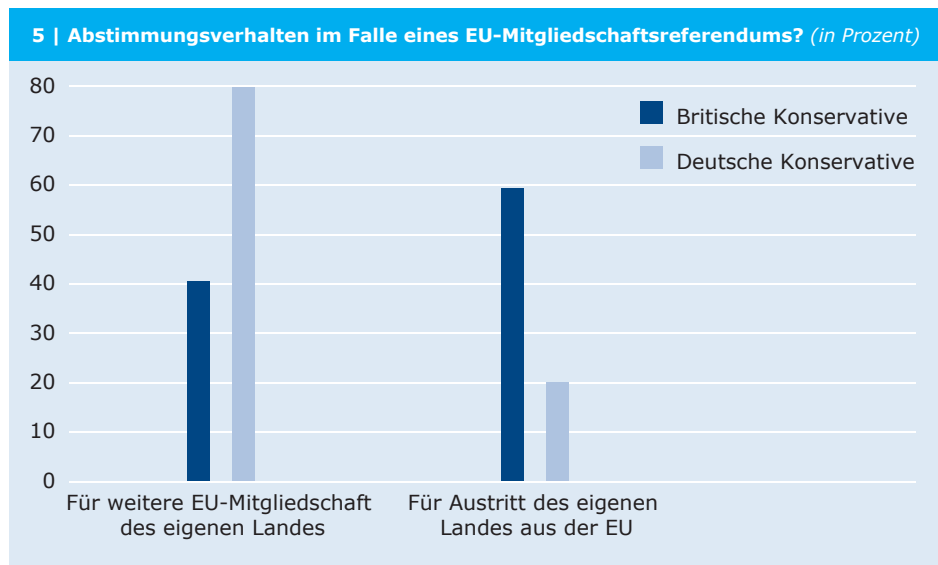
Konservative sehen im Mittel eher negative Auswirkungen von Einwanderung auf die Lebensqualität in Deutschland. Im Vergleich mit anderen deutschen Bürgern bewerten Konservative Einwanderung häufiger negativ.
(Eigene Berechnungen auf Grundlage des ESS8)



Der ausgeprägte Patriotismus unter deutschen Konservativen geht mit einer ebenfalls starken emotionalen Bindung an Europa einher. (Eigene Berechnungen auf Grundlage des ESS8)



Im Vergleich mit britischen Konservativen positionieren sich Deutsche mit gleicher Wertordnung eindeutig für einen Verbleib in der EU. (Eigene Berechnungen auf Grundlage des ESS8)

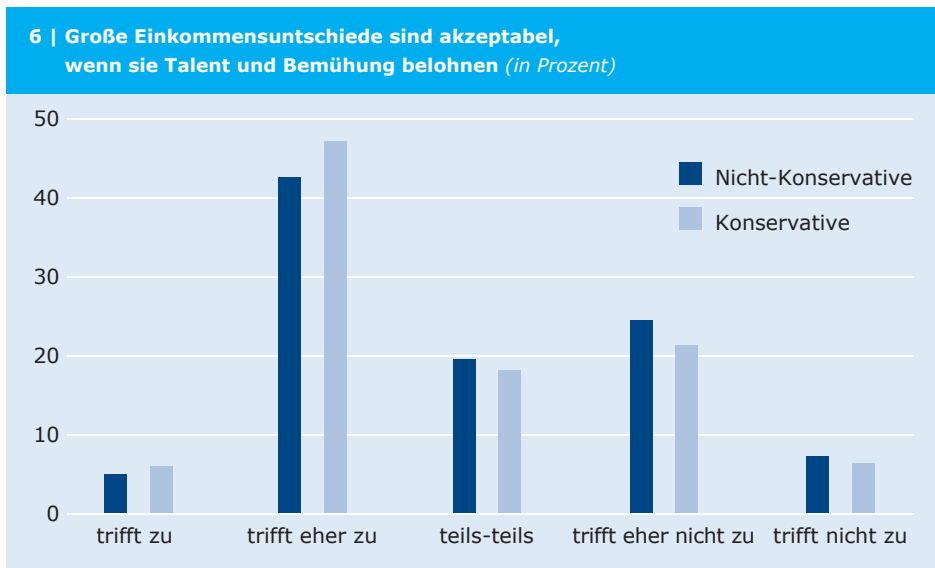


Freihandel und Marktwirtschaft vs. Protektionismus und staatliche Umverteilung

Weiterhin stellt sich die Frage, welche wirtschaftspolitischen Präferenzen sich aus der Sicherheits-, Ordnungs- und Traditionsorientierung Konservativer ergeben. Im Gegensatz zum Rest der deutschen Gesellschaft sind deutsche Konservative wirtschaftspolitisch liberaler und kritischer gegenüber den Auswirkungen von staatlicher Intervention und Umverteilung eingestellt. Dies lässt sich einerseits mit ihren verteilungspolitischen Präferenzen erklären: Konservative tolerieren eher Einkommensunterschiede, wenn sich diese durch Leistung begründen lassen (vgl. Grafik 6) und haben eine differenzierte Haltung gegenüber dem Sozialstaat. Gleichzeitig wäre es falsch, ihnen eine grundsätzlich libertäre wirtschaftspolitische Haltung zu unterstellen. Nur 40 Prozent von ihnen sprechen sich für ein minimalstaatliches Sozialsystem, das allein den Menschen mit niedrigsten Einkommen zugutekommt, aus. Zwei Drittel der Konservativen sehen in Sozialleistungen eine geeignete Maßnahme, um Armut einzudämmen. Stärker als andere Deutsche sind Konservative jedoch auch für die negativen Auswirkungen des Sozialstaats sensibilisiert. Ihnen ist überdurchschnittlich häufig bewusst, dass Eingriffe in die Markthandlungen privater Bürger auch Anreize verzerren und zu missbräuchlichem Verhalten, wie Sozialbetrug, führen können. Auch machen Konservative signifikant häufiger Sozialleistungen für eine Schwächung des gesellschaftlichen Zusammenhalts verantwortlich (vgl. Grafik 7).

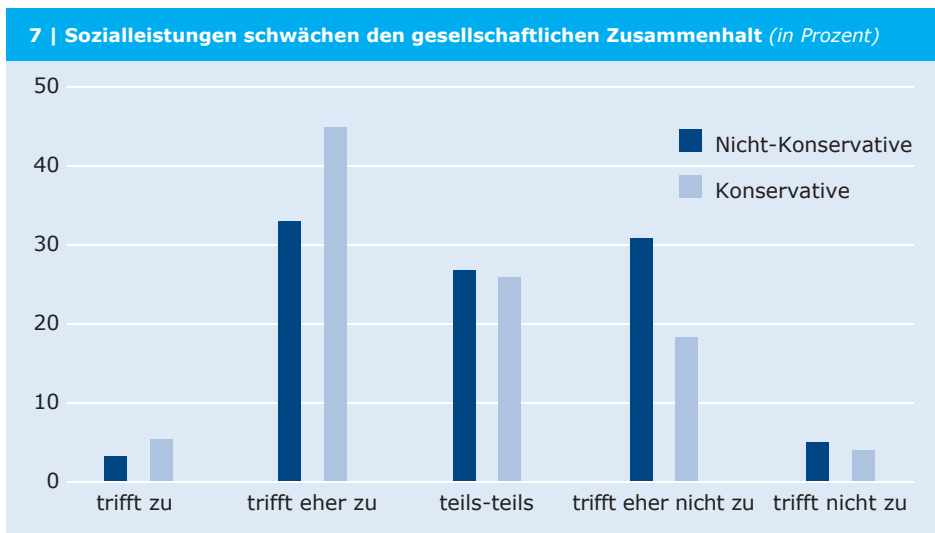
Verglichen mit anderen Bürgern sind deutsche Konservative toleranter gegenüber großen Einkommensunterschieden innerhalb der Gesellschaft, sofern diese durch Talent und Leistung begründet sind.

(Eigene Berechnungen auf Grundlage des ESS8)



Konservative sehen häufiger als Deutsche mit anderen Wertvorstellungen negative Auswirkungen staatlicher Sozialleistungen für den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

(Eigene Berechnungen auf Grundlage des ESS8)



Dieses stärkere Eintreten für wirtschaftliche und soziale Autonomie, freie Märkte und eine durch Subsidiarität geprägte Ordnung zeigt sich auch bei der Haltung zu öffentlichen Finanzen und zum Freihandel. Gemäß dem Eurobarometer (Mai 2017) sehen Deutsche, die sich rechts und Mitte-rechts verorten, in besonderem Maße die Notwendigkeit, die öffentliche Verschuldung rasch zu senken. Noch deutlicher ist der Unterschied hinsichtlich der Haltung zum Freihandel. Nur eine zugegebene starke Minderheit der Deutschen, die sich Mitte-rechts verortet (47 Prozent), lehnt im Gegensatz zu linken Deutschen (62 Prozent) ein Freihandelsabkommen mit den USA ab. Dies kann angesichts der orchestrierten öffentlichkeitswirksamen Anti-TTIP-Bewegung (Bauer, 2016) als Zeichen für eine bürgerliche Unterstützung für eine liberale Freihandelspolitik gedeutet werden.

Zusammenfassung Empirie

Zusammenfassend scheinen weniger materielle Sorgen, generelle Bedenken gegen Freihandel und Globalisierung oder grundsätzliche Fremdenfeindlichkeit Gründe zu sein, die Briten, US-Amerikaner und Kontinentaleuropäer bei ihrer Wahlentscheidung pro Brexit, Trump bzw. rechtspopulistische Parteien geleitet haben. Vielmehr handelt es sich um eine Mischung aus wahrgenommener politischer Ohnmacht (Kontrollverlust), Unbehagen an gesellschaftlichem (Werte-)Wandel und Verunsicherung über eine bislang unbekanntere Migrationsdynamik.

TAB 2 | Die Meinungen der Deutschen zur Notwendigkeit öffentliche Schulden schnell abzubauen

| Politische Selbsteinschätzung | Stimme völlig zu | Stimme teilweise zu | Lehne teilweise ab | Lehne völlig ab | Weiß nicht |
|-------------------------------|------------------|---------------------|--------------------|-----------------|-------------|
| Links | 29.96 | 41.7 | 19.43 | 3.24 | 5.67 |
| Mitte-rechts | 34.15 | 39.51 | 14.06 | 2.9 | 9.38 |
| Rechts | 47.83 | 28.26 | 17.39 | 4.35 | 2.17 |
| Gesamt | 33.6 | 39.54 | 16.06 | 3.1 | 7.69 |

TAB 3 | Die Meinungen der Deutschen zum Freihandelsabkommen mit den USA im Mai 2017

| Politische Selbsteinschätzung | Für Freihandel mit USA | Gegen Freihandel mit USA | Weiß nicht |
|-------------------------------|------------------------|--------------------------|-------------|
| Links | 32,17 | 62,39 | 5,43 |
| Mitte-rechts | 40,89 | 47,26 | 11,84 |
| Rechts | 40,4 | 54,44 | 5,05 |
| Gesamt | 38,10 | 52,54 | 9,35 |

Quelle: Eigene Berechnungen, EB Mai 2017, EU-Bevölkerung (Links: Selbsteinschätzung 1-4; Mitte-rechts 5-7; Rechts 7-10)

Der Wählerwunsch nach einer starken Autorität, die populistische Parteien zu erfüllen vorgeben, sollte nur begrenzt als Votum für eine prinzipiell neue Form von populistischer (Anti-)Politik verstanden werden. Die Umfrageergebnisse legen nahe, dass international eine große Mehrheit der Unterstützer populistischer Parteien für eine an starke und bewährte Regeln gebundene Migrations- und Wirtschaftspolitik zu gewinnen ist. Nicht ein autoritärer Staat ist mehrheitlich ihr primäres Ziel, sondern eine Re-Orientierung in bestimmten Politikfeldern.

Die vertiefte Analyse der politischen Präferenzen Konservativer in Deutschland bestätigt diesen internationalen Befund. Deutsche Konservative wollen Globalisierung nicht grundsätzlich umkehren – weder in Bezug auf Migration noch in Bezug auf den internationalen Handel mit Produkten und Dienstleistungen. Skeptisch zeigen sich Konservative weniger gegenüber Arbeitsmigration, wie sie insbesondere im Rahmen der Grundfreiheiten auf europäischer Ebene praktiziert wird, als gegenüber Migration, die die kulturelle Heterogenität erhöht und den Sozialstaat belastet. Auch charakterisiert sie kein fundamentaler Europaskeptizismus, sondern eine inklusive deutsche und europäische Identität. Dennoch ist auch unter deutschen Konservativen eine zunehmende Entfremdung gegenüber Medien und EU-Institutionen festzustellen, wenn auch noch nicht in dem in Großbritannien und den USA festgestellten Maße.

Klassische wirtschaftspopulistische Maßnahmen wie kreditfinanzierte Staatsausgabenerhöhungen, hohe Importbeschränkungen oder massive Eingriffe in das Preissystem entsprechen nicht den Präferenzen vieler Mitte-rechts-Wähler in den USA, Deutschland und anderen europäischen Ländern. Dieser empirische Befund zeigt Resonanzräume auf, in denen in Deutschland, aber auch im europäischen wie US-amerikanischen Kontext ordoliberaler Prinzipien Unterstützung finden und Wirkung entfalten können.

Deutsche Konservative wollen Globalisierung nicht grundsätzlich umkehren – weder in Bezug auf Migration noch in Bezug auf den internationalen Handel mit Produkten und Dienstleistungen.

Abgleich mit der ordoliberalen Konzeption

ORDOLIBERALE KONZEPTION

Der Ordoliberalismus wurde maßgeblich zwischen den beiden Weltkriegen von Walter Eucken und einem Kreis gleich gesinnter Nationalökonominnen und Juristen in Freiburg entwickelt. Zu den ordoliberalen Vordenkern zählen neben Walter Eucken vor allem Franz Böhm, Hans Großmann-Doerth, Wilhelm Röpke, Friedrich August von Hayek und Alexander Rüstow.

Interdependenz der Ordnungen

Ausgangspunkt der ordoliberalen Konzeption ist Schüller (2011) zufolge der Gedanke, aus vielen Elementen eine Gesamtordnung zu bilden. Die Lösung des Ordnungsproblems erfordere demnach die Erforschung allgemeiner Prinzipien, die es ermöglichen, „die vielfältigen Formen des Wirtschaftens in typischen wirtschaftlichen Ordnungszusammenhängen und Rechtsstrukturen zu sehen und zu gestalten. Nur bei Beachtung der ‚Interdependenz der Teilordnungen‘ (insbesondere der Rechts- und Wirtschaftsordnung), sei eine Ordnungspolitik aus einem Guss möglich.“

Die Wettbewerbsordnung

Ebenso grundlegend für die ordoliberale Konzeption ist die Einsicht, dass das übergeordnete Koordinationsprinzip des Wettbewerbs über ein funktionierendes Preissystem und offene Märkte der interventionistischen, vertikalen Lenkung durch staatliche Akteure überlegen ist. Ein freier, marktwirtschaftlicher Wettbewerb entsteht aber nach ordoliberalem Verständnis weder automatisch, noch kann er ohne einen staatlich gesetzten Ordnungsrahmen dauerhaft gewährleistet werden.

Der Staat soll sich demnach ausschließlich auf die Gestaltung dieses Ordnungsrahmens, also auf das Erlassen allgemeiner und abstrakter Gesetze – der Spielregeln – konzentrieren und ein funktionierendes Preissystem, Eigentumsrechte, Rechtsstaatlichkeit, Vertragsfreiheit und offene Märkte gewährleisten. Eingriffe in das Spiel selbst, etwa durch Subventionen, Zölle oder Preisbeschränkungen, soll er hingegen unterlassen. Der Ordnungsrahmen für wettbewerblich organisierte Märkte, auf denen sich die Marktteilnehmer gleichberechtigt treffen, endet aus ordnungspolitischer Sicht nicht an nationalen Grenzen.

Vor allem drei Gründe werden angeführt, warum es eines allgemeinen Ordnungsrahmens bedarf, um den Handlungsspielraum des Staates und der handelnden Politiker durch Regeln einzugrenzen:

1. Machtprobleme: Nur durch einen klaren Ordnungsrahmen könne der Staat vor Interessengruppen und ihrem Streben nach Privilegien geschützt werden.

2. Anreizprobleme: Da es Politikern schwer falle, kurzfristigen Wählerinteressen im Sinne einer langfristig wünschenswerten Entwicklung zu widerstehen, helfe ihnen ein Ordnungsrahmen, sich selbst zu binden.

Der Ordnungsrahmen für wettbewerblich organisierte Märkte, auf denen sich die Marktteilnehmer gleichberechtigt treffen, endet aus ordnungspolitischer Sicht nicht an nationalen Grenzen.

3. Wissensprobleme: Ein zentraler Planer könne nie das Wissen haben, welches in den Köpfen der Menschen verstreut ist oder sich in über Jahrhunderte gewachsenen Institutionen und Traditionen widerspiegelt.

Das Wissensproblem wurde vor allem von Friedrich August von Hayek deutlich herausgestellt. Er verbindet es mit einem Auftrag zur Demut wenn er schreibt, „...daß die grundsätzliche Einstellung des wahren Individualismus eine Demut gegenüber den Vorgängen ist, durch die die Menschheit Dinge erreicht hat, die von keinem einzelnen geplant oder verstanden worden sind und in der Tat größer sind als der Einzelverstand.“ (Hayek, 1976, S. 47)

Konsensorientierte Ordnungsökonomik

Aufbauend auf der in der ordoliberalen Konzeption bereits angelegten Trennung zwischen einer Regel- und einer Handlungsebene haben unter anderen James Buchanan und Viktor Vanberg das Forschungsprogramm der Verfassungsökonomik bzw. der konsensorientierten Ordnungsökonomik begründet. Sie untersuchen alternative Regelsysteme mit dem Ziel, solche Regeln zu finden, die wünschenswerte „Ergebnismuster“ für alle betroffenen Bürger ermöglichen (vgl. Zoll 2003, S. 56). Deren freiwillige Zustimmung sei der einzig legitime Maßstab, um Regelsysteme bewerten zu können. Politik ist aus dieser Sicht kein Kampf verschiedener gesellschaftlicher Gruppen, sondern, dem freiwilligen Handel auf Wettbewerbsmärkten nicht unähnlich, eine konsensorientierte Win-Win-Veranstaltung, die im verallgemeinerungsfähigen Interesse aller Bürger liegt (Gemeinwohlinteresse).

Der „Dritte Weg“

Der Ordoliberalismus war von Anfang an als dritter Weg gedacht, der zunächst „zwischen dem zusammengebrochenen historischen Liberalismus und dem drohenden Kollektivismus die Menschheit zu einer neuen Möglichkeit führt, als Menschen menschlich und menschenwürdig zu leben“ (Rüstow 1950/2001, S. 141). Vor allem Alfred Müller-Armack und Ludwig Erhard haben diese Idee aufgegriffen und das wissenschaftliche Konzept des Ordoliberalismus in eine politische Integrationsformel übersetzt: die Soziale Marktwirtschaft (vgl. Zweyert 2008). Für Müller-Armack (1946/1990, S. 96) war die Soziale Marktwirtschaft aber nicht einfach ein Mittelweg zwischen Kapitalismus und Sozialismus, keine vage Mischung und auch kein Parteienkompromiss, sondern vielmehr eine „aus den vollen Einsichtsmöglichkeiten unserer Gegenwart gewonnene Synthese“, um historisch gewachsene Gräben zu überwinden.

Die Gräben, die es heute in den westlichen Demokratien zu überwinden gilt, verlaufen weniger zwischen Kapitalismus und Sozialismus als zwischen Anhängern eher progressiver Werte und offener Grenzen auf der einen Seite und Anhängern eher konservativer Werte und kontrollierter Migration auf der anderen Seite. Da, wie oben ausgeführt, ein großer Teil der Eliten aus Politik und Medien der progressiven, kosmopolitischen Seite zuzuordnen ist, trennt dieser Graben auch viele Meinungseliten aus Politik und Medien von großen Teilen der Wählerschaft. Populistische Parteien und Bewegungen verdanken diesem Graben einerseits einen großen Teil ihrer Zustimmung, vertiefen ihn andererseits aber durch den ihnen eigenen Politikstil.

Ob der Ordoliberalismus einen dritten Weg weisen kann, der abseits (aber nicht als Mittelweg) einer etablierten, tendenziell sozialliberalen Politik auf der einen Seite und einer wirtschaftspopulistischen Politik auf der anderen Seite verläuft und dabei helfen kann, Gräben zu überwinden und politische Mehrheiten zu sichern, wird nachfolgend untersucht.

Die Gräben, die es heute in den westlichen Demokratien zu überwinden gilt, verlaufen weniger zwischen Kapitalismus und Sozialismus, als zwischen Anhängern eher progressiver Werte und offener Grenzen auf der einen Seite und Anhängern eher konservativer Werte und kontrollierter Migration auf der anderen Seite.

ORDOLIBERALISMUS VS. WIRTSCHAFTSPOPULISMUS

Anders als der Wirtschaftspopulismus werden im Ordoliberalismus nicht einzelne Themen in den Mittelpunkt gestellt, sondern die gegenseitige Abhängigkeit von Staatsverfassung, Wirtschaftsverfassung und Gesellschaftsordnung betont. Dieser wesentliche Unterschied beider Konzeptionen deutet an, warum wirtschaftspopulistische Politik gesellschaftliche Spaltungen eher noch verstärkt, während der ganzheitliche, konsensorientierte ordolibérale Ansatz verbindendes Potenzial hat – gerade in Zeiten, in denen sich die Gesellschaft abseits des Ökonomischen an verschiedenen Konfliktlinien spaltet.

Anders als der Wirtschaftspopulismus werden im Ordoliberalismus nicht einzelne Themen in den Mittelpunkt gestellt, sondern die gegenseitige Abhängigkeit von Staatsverfassung, Wirtschaftsverfassung und Gesellschaftsordnung betont. Dieser wesentliche Unterschied beider Konzeptionen deutet an, warum wirtschaftspopulistische Politik gesellschaftliche Spaltungen eher noch verstärkt, während der ganzheitliche, konsensorientierte ordolibérale Ansatz verbindendes Potenzial hat – gerade in Zeiten, in denen sich die Gesellschaft abseits des Ökonomischen an verschiedenen Konfliktlinien spaltet.

Der Ordoliberalismus kann nicht nur verschiedene Teilordnungen einer Gesellschaft verbinden, sondern auch Zielkonflikte zwischen heutigen und zukünftigen Generationen bzw. zwischen kurzfristigen und langfristigen Bedürfnissen lindern. Es entspricht klassischer ordoliberaler Politik, etwa durch Schuldenbremsen in Verfassungen die Handlungsspielräume staatlicher Akteure einzuschränken. Ganz entgegengesetzt dazu nehmen Wirtschaftspopulisten die Verschuldung zukünftiger Generationen bewusst in Kauf, um kurzfristige Wählerinteressen zu bedienen.

Weitere zentrale Gegensätze zwischen den beiden Konzeptionen sind darin begründet, dass Wirtschaftspopulisten stärker in „Wir-gegen-Die“- bzw. „Freund-gegen-Feind“-Kategorien und damit in Kollektiven denken, während der sogenannte „methodologische Individualismus“ grundlegend für den Ordoliberalismus ist, soziale Phänomene also immer mit dem Handeln einzelner Individuen erklärt werden. Aus diesem Gegensatz folgt, dass aus wirtschaftspopulistischer Sicht der internationale Handel eher einem Null- oder Negativsummenspiel gleicht, dessen negative Aspekte überbetont werden, während er aus ordoliberaler Sicht – wie grundsätzlich jeder freiwillige Tausch – für alle Handelspartner Vorteile bringt.

Etwas ähnlicher sind sich beide Konzeptionen hinsichtlich der vorgesehenen Rolle des Staates. Sowohl der von Populisten geforderte Staat als auch der ordolibérale Staat soll stark sein. Diese Stärke ergibt sich nach populistischer Logik allerdings aus autoritären Führungspersönlichkeiten, während sie sich nach ordoliberaler Logik auf sanktionsbewährte Regeln begründet.

Die nebenstehende Tabelle 4 (Seite 23) fasst die wesentlichen Unterschiede zwischen wirtschaftspopulistischen Forderungen und der ordoliberalen Konzeption zusammen.

Die Unterschiede zwischen ordoliberaler und populistischer Wirtschaftspolitik sind demnach zahlreich und deutlich. Dennoch können beide Konzepte ähnliche Wählergruppen überzeugen. Der Wirtschaftspopulismus zielt der oben beschriebenen Definition von Andersen et al. (2017) zufolge auf „Menschen, die Angst um ihren Status in der Gesellschaft haben und sich vom politischen Establishment verlassen fühlen.“ Etwas neutraler formuliert könnte man auch von Menschen sprechen, die an dem aus ihrer Sicht Bewährten festhalten wollen und gleichzeitig wenig Vertrauen in bestimmte Eliten in Politik und Medien haben. So formuliert könnte es sich durchaus um eine Wählergruppe handeln, die einer konsequenten Anwendung ordoliberaler Prinzipien in politischen Programmen und realpolitischen Prozessen viel abgewinnen kann.

Um diese These zu erhärten, werden wir einige Aussagen von zwei ordoliberalen Vordenkern – Röpke und Hayek – zu den besonders relevanten Bereichen Wertewan-

TAB 4 | Wesentliche Unterschiede zwischen wirtschaftspopulistischen Forderungen und ordoliberaler Konzeption

| | Wirtschaftspopulismus | Ordoliberalismus |
|------------------------------|--|--|
| Maßstab | <i>schnelle, sichtbare Lösungen</i> | <i>gemeinsame Regelinteressen der Bürger</i> |
| Fokus | <i>Einzelthemen</i> | <i>Gesamtgesellschaft: Interdependenz der Ordnungen</i> |
| zeitliche Perspektive | <i>kurzfristig</i> | <i>langfristig</i> |
| Sichtweise | <i>tendenziell kollektivistisch</i> | <i>individualistisch</i> |
| Fiskalpolitik | <i>Verleugnung intertemporaler Budgetbeschränkungen</i> | <i>konstitutionelle Selbstbindung</i> |
| Starker Staat | <i>starke Autorität</i> | <i>starker Rechtsstaat</i> |
| Instrument | <i>Prozesspolitik</i> | <i>allgemeine, abstrakte Gesetze</i> |
| Offenheit | <i>negative Aspekte von internationalem wirtschaftlichen Austausch werden betont</i> | <i>positive Aspekte von internationalem Freihandel werden betont</i> |
| Stil | <i>konfrontativ</i> | <i>konsensorientiert</i> |

Quelle: Eigene Darstellung

del, Elitenkritik und Migration im Folgenden genauer betrachten. Wir stützen uns auf Röpke und Hayek, da beide einerseits besonders prominente ordoliberale Vordenker sind und sich andererseits konkret zu diesen Themen geäußert haben. Damit stellen wir allerdings nicht die eine ordoliberale Position dar, denn diese eine Position gibt es nicht. Gerade beim Thema Migration werden die ordoliberalen Positionen ganz unterschiedlich ausgelegt. Die Auslegung durch Röpke und Hayek ist für uns dennoch sehr aufschlussreich, da sie die wenn schon nicht zwingende, dann doch mögliche Kompatibilität ordoliberaler Prinzipien mit konservativen Wertvorstellungen deutlich erkennen lässt.

WERTEWANDEL

Ordoliberale setzen auf eine Regelordnung, die Menschen vor willkürlichem politischen Zwang schützt. Wie die Menschen innerhalb dieser Regelordnung ihren frei gewählten Lebensplan umsetzen, ist zunächst ihre Sache. Dabei sind sich Röpke und Hayek aber bewusst, dass anonyme Weltmärkte das Bedürfnis nach Wärme, Solidarität und Zugehörigkeit nicht stillen können und dass ein Rechtsrahmen alleine noch nicht ausreicht, um jene moralischen Verhaltensweisen zu erzeugen, die für ein verlässliches und menschenwürdiges Funktionieren der Wettbewerbsordnung nötig sind.⁶

Hayek zufolge ist die große Welt des internationalen Freihandels zunächst gedanklich vom Mikrokosmos der Kleingruppe in Familien, Dorfgemeinschaften oder Stadt-

6 | Vgl. Schüller (2011), der folgende Eigenschaften nennt, mit denen die Menschen ausgestattet sein sollten, wenn sie sich im Wettbewerb messen: „Bereitschaft, leistungsbewusst, ehrlich, fair, verlässlich und selbstverantwortlich zu handeln, in verantwortbaren Fristen und Wirkungsketten zu denken („Halte Maß und denk’ an das Ende“), eine im Eigentum verankerte Unabhängigkeit anzustreben, Familienbindung zu pflegen, sich um eine historische Verwurzelung zu bemühen, also Sinn für das zu entwickeln, was gestern war, um das besser zu verstehen, was heute ist und morgen daraus entstehen kann, auf Täuschungen und Irreführungen der Wähler zu verzichten.“

Ordoliberale setzen auf eine Regelordnung, die Menschen vor willkürlichem politischen Zwang schützt. Wie die Menschen innerhalb dieser Regelordnung ihren frei gewählten Lebensplan umsetzen, ist zunächst ihre Sache.

quartieren zu trennen (vgl. Hayek 1996, S. 25). Diese Welten beeinflussen sich zwar gegenseitig, doch in ihnen würden völlig unterschiedliche Typen moralischer Regeln gelten. Während für die Gesellschaftsordnung abstrakte und allgemeine Regeln das Eigentum und die Einhaltung von Verträgen sichern sollen, seien in Kleingruppen Solidarität und Altruismus sehr wichtig. Dieser „moralische Sozialismus“ sei in Großgruppen unmöglich oder gar schädlich, während er in Kleingruppen wünschenswert sein mag. Die „sozialen Temperaturgrade“ (Habermann, 2017) nehmen von der leidenschaftlichen Liebe und der Familie über die Verwandtschaft, Sippe, Nachbarschaft, Vereine, Nationen bis zur Menschheit immer weiter ab.

Aus dieser Beobachtung leiten Hayek und Röpke auch ihre Kritik an Wohlfahrtsstaaten ab, die Aufgaben von traditionell zwischenmenschlichen Verpflichtungen übernehmen und damit zu einer niedrigeren sozialen Temperatur in der ganzen Gesellschaft beitragen. Den Ordoliberalen zufolge sollte sich staatliche Hilfe auf Menschen konzentrieren, die unverschuldet nicht für sich selbst sorgen können.

Die gewachsenen Werte und hergebrachten Institutionen, Traditionen und Umgangsformen sah Röpke nicht nur durch den Wohlfahrtsstaat, sondern auch durch einen von Politik und Medien mit Hilfe von Gesetzen, Verboten oder Kampagnen „von oben“ forcierten Wertewandel gefährdet. Ein solcher Wertewandel sei von einem „von unten“ getriebenen zu unterscheiden, in dem sich letztlich die Werte durchsetzen, die sich – ganz ähnlich wie es Güter, Dienstleistungen und die mit ihnen assoziierten Marken im Markt tun – im täglichen Zusammenleben der Menschen bewähren. Dieser Argumentation folgend löst besonders der von oben forcierte Wertewandel Abwehrreaktionen sowohl bei tendenziell konservativen Wählern als auch bei Ordoliberalen aus.

Doch Röpke belässt es nicht nur bei einer generellen Kritik am staatlich getriebenen Wertewandel. Vielmehr beschreibt er konkret die moralischen Grundlagen einer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, in der aus seiner Sicht wirtschaftliche und politische Freiheiten erst gedeihen können: „individuelle Anstrengung und Verantwortung, unantastbare Normen und Werte, im Eigentum verankerte Unabhängigkeit, Wägen und Wagen, Rechnen und Sparen, selbstverantwortliche Lebensplanung, rechte Einbettung in die Gemeinschaft, Familiensinn, Sinn für Überlieferung und die Verbundenheit der Generationen bei offenem Blick für Gegenwart und Zukunft, rechte Spannung zwischen Individuum und Gemeinschaft, feste moralische Bindung, Respekt vor der Unantastbarkeit des Geldwertes, der Mut, es mit dem Leben und seinen Unsicherheiten männlich auf eigene Faust aufzunehmen, der Sinn für die natürliche Ordnung der Dinge und eine unerschütterliche Rangordnung der Werte“ (Röpke 1958, S. 139).

Er fährt an anderer Stelle fort und ergänzt die bereits erwähnten um weitere für ihn wesentliche, sittliche Werte: „Selbstdisziplin, Gerechtigkeitssinn, Ehrlichkeit, Fairneß, Ritterlichkeit, Maßhalten, Gemeinsinn, Achtung vor der Menschenwürde des anderen, feste sittliche Normen, das alles sind Dinge, die die Menschen bereits mitbringen müssen, wenn sie auf den Markt gehen. Sie sind die unentbehrlichen Stützen, die ihn vor der Entartung bewahren. Familie, Kirche, echte Gemeinschaften und Überlieferung müssen sie damit ausstatten“ (Röpke 1955/2009, S. 286). Röpke sah es als zentrale Aufgabe der Gesellschaftsordnung an, die Selbstverantwortung der Menschen und ihre sittlichen Wurzeln zu stärken, um ihrer Anfälligkeit für kollektivistische Strömungen entgegenzuwirken.

Hayek schätzte insbesondere folgende Werte: „Unabhängigkeitssinn, Selbstvertrauen, persönlicher Unternehmungsgeist, Verantwortungssinn im kleinen Kreise, die bewährte Vorliebe für freiwilliges Handeln, der Respekt vor dem Privatleben des anderen und Duldsamkeit gegenüber dem Andersartigen und Original, Achtung vor Sitte und Tradition und ein gesundes Mißtrauen gegen Macht und Autorität“ (Hayek 1945/2009, S. 266). Hayek (1973-1979/2003, S. 473) erkennt den Wert sich wandelnder Moralvorstellungen. Offene Marktwirtschaften und damit unsere moderne Zivilisation seien erst dadurch ermöglicht worden, „dass man den darüber empörten Moralisten kein Gehör schenkte.“ Doch nach Hayek wird eine erfolgreiche freie Gesellschaft „immer in einem hohen Maße eine traditionsgebundene Gesellschaft sein“ (1971/2005), der Fortschritt und auch der Wertewandel müssten letztlich auf Traditionen beruhen und könnten nicht von oben „vorsätzlich“ verordnet werden: „Kulturelle Selektion ist nicht ein rationaler Vorgang; sie wird nicht von der Vernunft geleitet, sie schafft Vernunft“ (1973-1979/2003, S. 474).

Die Wertvorstellungen Hayeks passen auf den ersten Blick nicht recht zu seiner Selbsteinschätzung, kein Konservativer zu sein (Hayek 1971/2005). Doch wie Rhonheimer (2016, S. 495 f.) beschreibt, beruhen Hayeks wertkonservative Ansichten auf klassisch liberalen politischen Prinzipien bzw. sind mit diesen vereinbar, insbesondere mit seiner Vorstellung der menschlichen Gesellschaft als spontaner Ordnung. Zudem, so Rhonheimers Einschätzung, haben sich die politischen Grundparameter seit Hayeks Veröffentlichung der „Verfassung der Freiheit“ 1960 weiter nach links entwickelt. Gleichzeitig hat sich der Wertewandel von unten nach oben entwickelt. In den 60er-Jahren von Studenten angestoßen, wird er nach dem Marsch durch die Institutionen zunehmend von oben forciert. Vor 50 Jahren deckte sich der Wandel nicht mit Hayeks und noch weniger mit Röpkes Wertvorstellungen. Heute deckt er sich auch nicht mehr mit den zugrundeliegenden liberalen Prinzipien. Umso größer sind die Überschneidungen der Wertvorstellungen von Hayek und Röpke und denen heutiger, bürgerlicher Wähler.

Eine Diskrepanz zwischen einer progressiven, liberalen Elite und Konservativen, denen der von den Eliten vorangetriebene kulturelle Wandel zu schnell geht, gab es schon vor der Globalisierung und auch bereits vor der 68er-Bewegung.

ELITEN

Eine Diskrepanz zwischen einer progressiven, liberalen Elite und Konservativen, denen der von den Eliten vorangetriebene kulturelle Wandel zu schnell geht, gab es schon vor der Globalisierung und auch bereits vor der 68er-Bewegung. Schon früh haben Hayek und Röpke diese Diskrepanz und die Rolle der Eliten thematisiert.

Hayek beschrieb 1949 über die sogenannten Meinungseliten, die für sozialistische Ideen besonders empfänglich seien. Er sprach von Intellektuellen, die nicht aufgrund ihrer „überlegenen Weisheit“, sondern alleine aufgrund ihrer privilegierten beruflichen Position großen Einfluss auf die öffentliche Meinung ausüben könnten. Hayek zufolge haben die „Händler von Ideen aus zweiter Hand“ (Hayek 1949/2016) nicht zwingend spezielles Wissen auf irgendeinem bestimmten Gebiet, noch zeichnen sie sich durch besonderen Intellekt aus. Für ihre Rolle als Mittelsmann qualifiziere sie, dass sie über eine breite Palette an Themen reden und schreiben könnten und eine berufliche und gesellschaftliche Stellung innehaben, durch die sie früher mit neuen Ideen in Kontakt kämen als ihr Publikum. Die „Altwarenhändler in Ideen“ seien „Lehrer, Journalisten und Medienleute, die in den Korridoren der Wissenschaft Gerüchte aufgeschnappt haben und sich daraufhin für die Repräsentation modernen Denkens halten“ (Hayek 1996).

An anderer Stelle schreibt Hayek: „Dem Laien ist vermutlich nicht vollständig bewusst, in welchem Ausmaß diese Klasse Macht selbst über den Ruf von bekannten Wissenschaftlern und Gelehrten hat, und in welchem Ausmaß er zwangsläufig von ihren Ansichten über Dinge beeinflusst wird, die mit dem Wert der echten Errungenschaften wenig zu tun haben. Und es ist besonders bezeichnend für unser Problem, dass jeder Wissenschaftler vermutlich einige Fälle aus seinem Bereich kennt, in denen Leute unverdienterweise in der Öffentlichkeit einen Ruf als große Wissenschaftler einzig und alleine deswegen erlangt haben, weil sie politische Ansichten teilen, die die Intellektuellen als „progressiv“ betrachten; es ist mir allerdings noch kein Fall bekannt geworden, in dem solch ein wissenschaftlicher Pseudo-Ruf einem Gelehrten mit eher konservativen Ansichten zuteil geworden ist. Diese Macht der Intellektuellen über den Ruf ist auf den Gebieten besonders wichtig, auf denen die Arbeitsergebnisse der Experten nicht von anderen Spezialisten verwendet werden, sondern von der politischen Entscheidung der breiten Öffentlichkeit abhängen“ (Hayek 1949/2016).

An der Mehrheit der Intellektuellen seiner Zeit hat sich auch Röpke abgearbeitet. Er warnte vor Gefahren von „Theoriefabrikanten“, die mit Ideologien aufgeladen viel Schaden anrichten können, weit mehr „als alle Interessenten, als alle Kapitalisten, Bankiers, Gewerkschaftsführer oder was es sei. Am schlimmsten aber steht es dann, wenn beide sich verbünden, die Intellektuellen und die Interessenten, die Ideologien und die Interessen“ (Röpke 1963, S. 33). Röpke (1962/2009, S. 417) warnte eindringlich vor den Folgen des „vor allem unter Intellektuellen, die unserer Kulturtradition entfremdet sind, verbreiteten und schlechthin allen geistig-moralisch Wurzellosen angepaßten“ Progressismus.

1962 erkannte Röpke (1962/2009, S. 417) einen „geistigen Riß“ zwischen kulturkritischen Realisten und Ideologen eines Utopismus, Progressismus, Sozialismus und Egalitarismus. Röpke selbst zählte sich nicht nur zu den Realisten, sondern auch zu den „zornigen alten Männern“, die sich gegen die Anmaßung und den Übermut wenden, mit dem „der durchschnittliche Mensch von heute sich zu einem eigentlichen Gott erhebt, der glaubt, die Welt neu schaffen zu können“ sowie gegen den Wahn, sich von allem lösen zu können, „was Vergangenheit, Geschichte, Heimat, Tradition ist“ (1964/2009, S. 431). Röpke war somit bereits in den 1960er-Jahren einigen Teilen der heutigen „Wutbürgerschaft“ nicht unähnlich.

Er war dabei allerdings nicht per se elitenfeindlich. Im Gegenteil will Röpke (1958, S. 176) einem „Aufstand der Massen“ einen „Aufstand der Eliten“ entgegensetzen. Zur Elite zählt er (1956/2009, S. 307) aber nur eine sehr dünne Schicht von Menschen mit willig anerkannter Autorität, der „nobilitas naturalis“. Erst „ein exemplarisches Leben der entsagungsvollen Leistung, der unantastbaren Integrität, der ständigen Bändigung des gemeinen Appetits und des höchsten allgemeinen Beispiels zu einer die Maßstäbe setzenden Stellung über den Klassen, Interessen, Leidenschaften, Bosheiten und Torheiten“ (Röpke (1956/2009, S. 307) lasse Menschen in die Klasse der „nobilitas naturalis“ emporsteigen.

Röpkes Elitenbegriff scheint nicht zu der Skepsis zu passen, mit der viele Trump- und Brexit-Wähler den Eliten in Politik und Medien entgegentreten. Auch scheint der von Röpke geforderte Aufstand der Eliten nicht recht in die ordolibérale Konzeption zu passen, betont diese doch immer die Vorteilhaftigkeit von „Bottom-up-Prozessen“, die gerade von unten entstehen und nicht von oben initiiert und gelenkt werden. Auch wenn sich diese Spannung nicht gänzlich auflösen lässt, hilft ein genauer Blick auf die Eliten, auf die sich einerseits Röpke und andererseits die heutigen elitenkritischen Wähler beziehen.

Röpkes „nobilitas naturalis“ könnte man als Leistungselite bezeichnen, während sich die Skepsis der Wähler rechtspopulistischer Parteien in Kontinentaleuropa sowie der Brexit- und Trumpwähler vor allem auf die Meinungselite zu beziehen scheint. Letztere Gruppe wird eher von „Intellektuellen“, mit denen sich Hayek auseinandersetzte, gestellt. Insbesondere die vertiefte Analyse der Haltung deutscher Konservativer zeigt, dass eine eher positive Grundhaltung gegenüber privatem Leistungswettbewerb besteht. Umgekehrt zeigt sich, dass insbesondere Republikaner in den USA solchen Medien, die mehrheitlich von Meinungseliten produziert werden, in den letzten Jahren vor Trumps Wahlerfolg immer weniger Vertrauen schenkten. Dies sind Indizien dafür, dass die Unterstützung populistischer Bewegungen zu einem guten Teil aus einer Gegnerschaft gegen Hayeks „Intellektuelle“ gespeist wird.

MIGRATION

Ein weiteres Thema, mit dem sich vor allem Röpke intensiv befasste und welches heute aktueller denn je ist, ist die Migration. Die Migrationsdynamik der vergangenen Jahre verursacht auch Anpassungsdruck für Teile der Bevölkerung – besonders in jenen ohnehin von Strukturwandel betroffenen Regionen und Stadtvierteln. Wie in Kapitel 2 gezeigt wurde, löst gerade eine Zunahme der ethnischen Heterogenität nicht nur in den USA sondern auch in Europa großes Unbehagen in breiten Teilen der Bevölkerungen und vor allem auch bei Konservativen aus. Wirtschaftliche Interessen rücken dabei angesichts eines teils sprunghaft gestiegenen Ausländeranteils in den Hintergrund.

Wenn sich aus dieser Skepsis bei großen Teilen der Bevölkerung eine Präferenz ableitet, die Zuwanderung zu steuern und insbesondere illegale Zuwanderung zu beschränken, ist dies aus Sicht von Röpke zunächst anzuerkennen. Er beschreibt (1945, S. 154) den „berechtigten Kern in der Sorge eines Landes [...], durch eine ungehemmte Einwanderung aus den überbevölkerten Ländern der mongolischen Völker überflutet zu werden.“ Er ergänzt: „Jedes Land wird das Recht haben müssen, seine geistige und politische Tradition vor einem Zustrom von Einwanderern zu schützen, die sie durch Assimilationsunfähigkeit oder schon durch ihre bloße Masse in Frage stellen können.“

Röpke (1945, S. 155) zufolge lässt sich „die Einreise von Menschen nicht mit der Einfuhr von Waren“ vergleichen. Während er in der Einwanderungspolitik einen echten Konflikt zwischen den Interessen eines Zuwanderungs- und denen eines Auswanderungslandes erkennt, sei in der eigentlichen Handelspolitik der Konflikt in der Regel nur ein scheinbarer, „hinter dem sich der wahre Konflikt zwischen dem Gruppeninteresse und dem Gesamtinteresse des sich abschließenden Landes verbirgt“ (Röpke 1945, S. 158).

Freier Handel und freie Migration sind für Röpke eher Substitute als Komplemente. Während er Beschränkungen der internationalen Freizügigkeit und der „internationalen Menschenbewegung“⁷ für unvermeidbar hält, seien die Folgen dieser Beschränkungen für die relativ überbevölkerten Länder nur dann einigermaßen erträglich, „wenn die internationale Güter-, Geld- und Kapitalbewegung um so größere Freiheit genießt und so als ein Ersatz der gehemmten Menschenbewegung wirken kann.“

7 | Die Beschränkung der Zuwanderung sah Röpke u.a. deshalb als gerechtfertigt an, da jedes Land das Recht haben müsse, „seine geistige und politische Tradition vor einem Zustrom von Einwanderern zu schützen, die sie durch Assimilationsunfähigkeit oder schon durch ihre bloße Masse in Frage stellen könnten.“ (Röpke 1945, S. 155)

„Jedes Land wird das Recht haben müssen, seine geistige und politische Tradition vor einem Zustrom von Einwanderern zu schützen, die sie durch Assimilationsunfähigkeit oder schon durch ihre bloße Masse in Frage stellen können.“

Werden die Menschen gezwungen, unter relativ ungünstigen Produktionsbedingungen auszuharren, so muß man ihnen wenigstens durch einen um so freieren internationalen Handel die Möglichkeit geben, das Beste aus ihrer Lage zu machen und sich auf diejenigen Produktionsarten zu spezialisieren, in denen ihre Benachteiligung am geringsten ist (Gesetz der komparativen Kosten)" (1945, S. 158 f.).

Hayek äußert sich weniger direkt zur Massenmigration als zum Patriotismus und dessen Grenze zur Fremdenfeindlichkeit und zum Nationalismus. In seinem Nachwort zur Verfassung der Freiheit (1971/2005, S. 526 f.) erklärt er sich das „konservative Mißtrauen gegen das Neue und Fremde“ mit einer „Feindseligkeit gegen den Internationalismus“ und einer „Neigung zu einem betonten Nationalismus“. In diesem Nationalismus, mit dem Hayek in keiner Form sympathisiert, sieht er häufig eine Brücke vom Konservatismus zum Kollektivismus: „von Gedanken an ‚unsere‘ Industrie oder ‚unsere‘ Naturschätze ist es nur ein kleiner Schritt zu der Folgerung, daß diese nationalen Vermögenswerte im nationalen Interesse gelenkt werden sollten.“ Etwas anderes als diese Art von Nationalismus ist für Hayek hingegen Patriotismus. Eine Abneigung gegen Nationalismus ist für ihn mit einer tiefen Bindung an nationale Tradition sehr wohl vereinbar: „[D]aß ich manche Traditionen meiner Gesellschaft vorziehe und hochhalte, braucht kein Grund zu Feindseligkeit gegen das Fremde und Andersartige zu sein.“

„...daß ich manche Traditionen meiner Gesellschaft vorziehe und hochhalte, braucht kein Grund zu Feindseligkeit gegen das Fremde und Andersartige zu sein.“

Mit den Ansichten Röpkes und Hayeks haben wir zwei ordoliberalen migrationspolitischen Positionen herausgegriffen. In der Diskussion um die Personenfreizügigkeit innerhalb der EU und noch intensiver in der Flüchtlingsdebatte wurden ganz verschiedene Positionen auch mit (ordo)liberalen Prinzipien begründet, von einer Anwendung der auf James Buchanan zurückgehenden Club-Theorie auf Migrationsfragen bis hin zur Forderung nach offenen Grenzen. Nicht all diese Positionen stimmen so gut mit den Ansichten der konservativen Wähler überein wie die von Hayek und Röpke. Für die weitere Diskussion sollte gleichwohl berücksichtigt werden, dass konservative und ordoliberalen Sichtweisen auch beim Thema Migration große Schnittmengen haben können.

Entscheidend ist, inwieweit die betrachteten Wählergruppen bereits über den Patriotismus hinaus zu einem von Hayek deutlich abgelehnten Nationalismus neigen. Die große Mehrheit der deutschen Konservativen scheint, den Ergebnissen in Kapitel 2 nach zu urteilen, einen auch aus liberaler Sicht „moderaten“ Patriotismus zu vertreten, während in den USA und Großbritannien gegenwärtig ein etwas größerer Teil der Konservativen zu stärker nationalistischen Positionen tendiert, die nicht mehr mit ordoliberalen Prinzipien in Einklang gebracht werden können. Doch auch in der Trump- und Leave-Wählerschaft macht diese Gruppe nur eine Minderheit aus.

ZWISCHENFAZIT

Bei allen Unterschieden im Detail zeichnen sich in der Herleitung und in der Einbettung in das Gesamtkonzept zentrale Prinzipien und Werte heraus, die Ordoliberales vertreten: Privatautonomie, Rechtsstaatlichkeit, Privateigentum, Haftung, Subsidiarität, Freihandel. Diese Prinzipien sind mit vielen Wertvorstellungen von Wählern vereinbar, die für Brexit, Trump oder wirtschaftspopulistische Parteien gestimmt haben.

*Privatautonomie,
Rechtsstaatlichkeit,
Privateigentum, Haftung,
Subsidiarität, Freihandel.
Diese Prinzipien sind mit
vielen Wertvorstellungen
von Wählern vereinbar,
die für Brexit, Trump oder
wirtschaftspopulistische
Parteien gestimmt haben.*

Unterschiede zeigen sich allerdings in der Vorstellung von der Rolle des Staates beim Schutz dieser Werte. Ordoliberales wie Hayek und auch Röpke leitet eine grundsätzliche Skepsis gegenüber interventionistischer und konstruktivistischer Politik, viele der untersuchten Wählergruppen eine Skepsis gegenüber der derzeitigen Ausgestaltung der Politik. In der Konsequenz ähneln sich die präferierten Politikentwürfe in weiten Teilen – auch wenn ordoliberales Prinzipien einige der hier im Fokus stehenden Wähler weniger leiten als ein Unbehagen gegenüber großen Teilen der Meinungseliten. Es verwundert daher nicht, wenn diese Wählergruppen auch für wirtschaftspopulistische Politikangebote empfänglich sind. Auch die Kämpfe zwischen marktliberal und staatsinterventionistisch orientierten Flügeln in Parteien wie der AfD lassen sich anhand der hier vorgestellten Ergebnisse erklären.

Handlungsoptionen: Mehr ORDO wagen

Nachfolgend werden wir einige Handlungsoptionen beschreiben, die sowohl den Präferenzen vieler bürgerlicher Wähler entsprechen als auch mit ordoliberalen Prinzipien vereinbar sind. Dabei ist zwar zu bedenken, dass die Wirkung bei Wählern ohne konservatives Weltbild eine andere sein kann und wir im Rahmen dieser Arbeit nicht beurteilen können, ob es sich in jedem Fall um eine stimmenmaximierende Maßnahme handelt. Als Teile eines stimmigen Gesamtkonzepts zielen die vorgestellten Handlungsoptionen aber darauf ab, gerade bei zentralen Streitthemen in westlichen Demokratien Gräben zu überwinden und verschiedene politische Lager zu verbinden.

Ordoliberale Prinzipien haben sich nach dem zweiten Weltkrieg in Westdeutschland bewährt. Sie halfen, eine gespaltene und tief verunsicherte Gesellschaft zu versöhnen und für eine freiheitliche und marktliche Wirtschaftsordnung zu gewinnen. Für eine weitere Bewährung bieten die derzeitig gespaltenen westlichen Gesellschaften ebenso wie die vor wichtigen Entscheidungen stehende Europäische Union viele Gelegenheiten. Um diese zu nutzen, bedarf es der besonderen Kunst des Ordnungspolitikers, dem es gelingt, „im Gegeneinander der Machtgruppen auf das wirtschaftliche Gesamtinteresse zu achten und zu bedenken, dass nur ein Staat, der sich im wesentlichen auf Ordnungsaufgaben beschränkt und damit die Regierungsgewalt begrenzt, ein starker Staat sein kann“ (Schüller, 2011).

Die wichtigsten Bereiche, in denen es in den nächsten Jahren der Kunst des Brückenbauenden Ordnungspolitikers bedarf, sind Freihandel, Reformen der Europäischen Union und die Einwanderungs- und Asylpolitik. Daneben wird es entscheidend auf den Politikstil und die Diskussionskultur ankommen, um einer sich weiter vertiefenden Spaltung in den westlichen Demokratien effektiv entgegenwirken zu können.

FREIHANDEL

Die Globalisierungskritik ist die vermutlich größte Hürde, die eine ordoliberal inspirierte Politik auf der Suche nach politischen Mehrheiten überwinden muss. Doch aussichtslos scheint das Werben für den Freihandel nicht zu sein. Besonders bei den Wählern von Donald Trump, dem Brexit und wirtschaftspopulistischen Parteien, die in diesem Beitrag im Fokus stehen, hat das Thema Freihandel keine wahlentscheidende Rolle gespielt. In dieser Bevölkerungsgruppe wird nicht der Freihandel per se abgelehnt. Abgelehnt werden indessen damit zum Teil irrtümlich verknüpfte Phänomene wie die Massenimmigration, Wirtschafts- und Finanzmarktkrisen und eine in manchen Regionen wachsende Ungleichheit bei Einkommen und Vermögen.

Motive für Freihandel offenlegen

Um diese Gruppe mit dem Freihandel zu versöhnen, wäre es wichtig, zum einen Missverständnisse so gut wie möglich auszuräumen und zum anderen das Gemeinwohlinteresse offenzulegen, welches mit einer freihändlerischen Politik verfolgt wird –

Die Globalisierungskritik ist die vermutlich größte Hürde, die eine ordoliberal inspirierte Politik auf der Suche nach politischen Mehrheiten überwinden muss. Doch aussichtslos scheint das Werben für den Freihandel nicht zu sein.

denn eine freie Welthandelsordnung ist kein Selbstzweck, sondern ermöglicht eine weltweite Verbesserung der Lebensbedingungen gerade der Ärmsten und befördert ein friedliches Miteinander der Menschen verschiedener Nationen. Gerade hier lohnt es sich auf den Nexus zwischen Migrationsgründen und Protektionismus hinzuweisen. Bürgern, die durch Migration verunsichert sind, sollte verdeutlicht werden, dass protektionistische Maßnahmen durch die Regierungen westlicher Industrienationen eine unzureichende Entwicklung im globalen Süden verstärken.

Mit WTO im Rücken Ruhe bewahren

Im Umgang mit wichtigen Handelspartnern wie den USA gilt es Weitblick zu bewahren. Trumps Politik sollte als Weckruf verstanden werden, das multilaterale Handelssystem zu stärken. Anstatt Strafzölle mit eigenen Strafzöllen zu beantworten, sollte die EU vielmehr ihre Zölle abbauen. Ein Handelskrieg würde gerade den Unternehmen und Arbeitnehmern einer offenen Handelsnation wie Deutschland strukturell schweren Schaden zufügen. Eine ähnliche Logik ist im Umgang mit Großbritannien angezeigt, um die in beiderseitigem Interesse liegende Wirtschaftspartnerschaft auch nach einem Brexit nicht zu gefährden.

EU-REFORM

Die Reform der EU und der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion (EWWU) wird die politische Diskussion in den nächsten Jahren bestimmen. Einige von der EU-Kommission zur Stabilisierung, Konvergenz und Risikoteilung vorgeschlagenen Instrumente wie ein Europäischer Finanzminister, eine makroökonomische Stabilisierungsfunktion oder eine gemeinsame Einlagenversicherung dürften das Vertrauen deutscher Konservativer in die EU und ihre Institutionen spätestens dann sinken lassen, wenn dadurch die deutschen Nettokosten und Haftungsrisiken steigen.

Gefragt sind daher Lösungen, die dem Wunsch nach weiteren Integrationsschritten entgegenkommen, ohne gegen bewährte ordoliberalen Prinzipien wie Subsidiarität, Rechtsstaatlichkeit und Haftung zu verstoßen.

Insolvenzverfahren für Staaten

So sind neue Mechanismen zur Risikoteilung aus ordoliberaler Sicht allenfalls denkbar, wenn sie an klare und sanktionsbewährte Regeln gebunden sind. Um Fehlanreize zu vermeiden, sollte ein automatisch greifendes, geordnetes Schuldenrestrukturierungs- bzw. Insolvenzverfahren für Mitgliedsstaaten, die sich an die gemeinsamen Regeln nicht halten können oder wollen, zur Bedingung für eine weitere Risikoteilung gemacht werden. Ein solches Verfahren ist potentiell auch außerhalb der Eurozone denkbar, wenn wie vom Rechtswissenschaftler Christoph Paulus vorgeschlagen neutrale Richter (ein sogenanntes Sovereign Debt Tribunal) über die Bedingungen von Insolvenzverfahren entscheiden würden (vgl. Biber 2018).

Staatsanleihen mit Eigenkapital unterlegen

Aus ordoliberaler wie konservativer Sicht ähnlich zentral wäre es, die Bevorzugung von Staatsanleihen bei der Eigenkapitalbemessung von Finanzinstituten (Nullrisikogewichtung) zu beenden. Auch Staatsanleihen sind riskant. Dieser Einsicht auch bei der Finanzmarktregulierung Rechnung zu tragen, würde das Haftungsprinzip stärken und Fehlanreize vermindern.

Gefragt sind daher Lösungen, die dem Wunsch nach weiteren Integrationsschritten entgegenkommen, ohne gegen bewährte ordoliberalen Prinzipien wie Subsidiarität, Rechtsstaatlichkeit und Haftung zu verstoßen.

Aufgabenkritik, Subsidiaritätsrüge und europäische Bürgerinitiative

Zusätzliche Vertiefungsschritte sollten – sowohl aus ordoliberaler Sicht als auch aus Sicht konservativer Wählergruppen – generell mit einer noch konsequenter am Subsidiaritätsprinzip orientierten Aufgabenkritik verbunden werden. Bereits bestehende Instrumente wie die Subsidiaritätsrüge oder die europäische Bürgerinitiative sollten bekannter werden und von den nationalen Parlamenten wie auch den europäischen Bürgern verstärkt genutzt werden.

EU-Kommission als Hüterin der Verträge

Die EU-Kommission muss ihre Rolle als Hüterin der Verträge konsequent ausfüllen. Eine explizit „politische Kommission“ wie die derzeitige erscheint aus ordoliberaler Sicht hingegen problematisch. Auch politische Programme, von der Lissabon-Strategie bis zu Europa 2020, haben das Potenzial, die Vertrauenskrise durch die Diskrepanz von öffentlich geweckten Erwartungen und tatsächlichen Ergebnissen eher noch zu verstärken.

Ergebnisoffene Diskussion

Eine ordoliberale Perspektive verlangt schließlich nach einer ernsthaften und ergebnisoffenen Diskussion. Sie ist die Vorbedingung, anstelle einer als Elitenprojekt wahrgenommenen EU eine Bürgerunion zu ermöglichen. Dabei sind vielfältige Reformen der europäischen Spielregeln denkbar. Nicht alle bürgerlichen Wähler und auch nicht alle Ordoliberalen sind sich im Einzelnen einig darüber, welche Regel vorzugswürdig ist. Einig sind sie sich aber darin, dass Regeln, auf die sich einmal geeinigt wurde, einzuhalten sind.

Glaubwürdig vertretene und an ordoliberalen Prinzipien orientierte Politik kann so der EU einen Weg zwischen der „Ever Closer Union“ und dem Zurück zu den Nationalstaaten weisen.

MIGRATION UND KULTURELLER WANDEL

Migration und kultureller Wandel sind zentrale Themen für bürgerliche Wähler und, wie oben gezeigt, der entscheidende Faktor für den Zulauf populistischer Parteien. Schmäler als in der Wirtschaftspolitik ist der Grat, der zwischen einem vitalen Bewusstsein für eigene Werte und engstirnigem Nationalismus verläuft. Bei der Frage, wie bürgerliche Parteien hier die richtige Balance finden, können ordoliberale Prinzipien Orientierung bieten.

Bedürfnis nach Grenzen respektieren

Zentral ist zunächst, dass die Regelinteressen der Bürger entscheidendes Kriterium für die Regelausgestaltung sein sollten. Wenn bestimmte Formen und Ausprägungen der Migration nicht diesen Interessen entsprechen, sollte sich dies auch im demokratischen Diskurs widerspiegeln. Das tiefe Bedürfnis vieler Menschen nach Grenzen lässt sich nicht dauerhaft ignorieren, ohne dass sich dieses Bedürfnis früher oder später in Wahlergebnissen widerspiegelt. Ein Bedürfnis übrigens, das Kielmanssegg (2017) zufolge nicht nur ein Bedürfnis nach Sicherheit ist: „Es ist vor allem ein Bedürfnis, in einer Welt zu leben, die einem vertraut ist, der man sich zugehörig fühlen kann.“ Nach Kielmanssegg (2017) lautet die große Frage, vor der die Politik steht: „Wie geht man mit diesem dem Menschen als Menschen eigenen Verlangen in einer Welt um, in der die einfache Schließung von Grenzen keine vernünftige, für ein Land wie Deutschland nicht einmal eine verfügbare Option ist?“

Glaubwürdig vertretene und an ordoliberalen Prinzipien orientierte Politik kann so der EU einen Weg zwischen der „Ever Closer Union“ und dem Zurück zu den Nationalstaaten weisen.

„Wie geht man mit diesem dem Menschen als Menschen eigenen Verlangen in einer Welt um, in der die einfache Schließung von Grenzen keine vernünftige, für ein Land wie Deutschland nicht einmal eine verfügbare Option ist?“

Migration und Warenhandel gedanklich trennen

Die Suche nach Antworten auf diese Frage wird leichter, wenn der freie Güterhandel gedanklich stärker vom freien Personenverkehr getrennt wird. Wie Röpke, aber auch Pisany-Ferry et al. (2016) feststellen, muss der freie Handel von Gütern, Dienstleistungen und Kapital nicht mit mehr Migration einhergehen. Ganz im Gegenteil: Die internationale Arbeitsteilung macht Migration oft entbehrlich. Zudem kann Freihandel den Migrationsdruck mindern, indem er die wirtschaftlichen Perspektiven in den Herkunftsländern verbessert. Eine solche gedankliche Trennung von Migration und Warenhandel kann letztlich Vorbehalte gegen den Freihandel mindern, die auf Unklarheiten und Missverständnissen beruhen.

Einwanderungsgesetz und Schutz der EU-Außengrenzen

Klare Regeln für die Migration in den Arbeitsmarkt, wie sie im Koalitionsvertrag in Form eines Einwanderungsgesetzes vorgesehen sind, entsprechen bürgerlichen und ordoliberalen Positionen. Auch ist es richtig, auf sichere EU-Außengrenzen zu drängen. Gerade bürgerliche Wähler wollen Klarheit darüber, wer einwandert und wer das Land verlassen muss. Die in dieser Studie im Fokus stehenden Wähler reagieren sehr sensibel auf Signale, die als staatlicher Kontrollverlust interpretiert werden können.

Erebt und erarbeitete Sozialleistungen

Um die EU-interne Zuwanderung in die Sozialsysteme zu beschränken, könnten einem Vorschlag von Sinn (2018) folgend Sozialleistungen in erarbeitete Leistungen (durch Beiträge finanzierte Arbeitslosen- und Rentenversicherungen) und ererbte Leistungen (nicht mit dem Arbeitsverhältnis in Verbindung stehende Leistungen wie das Wohngeld, das Kindergeld und die soziale Grundsicherung) aufgeteilt werden. Die ererbten Leistungen könnten dann grundsätzlich vom EU-Heimatland erbracht werden, während die Empfänger den Ort frei wählen könnten, an dem sie sie konsumieren. Eine solche Regelung könnte es Großbritannien glaubwürdiger ermöglichen, die Austrittsentscheidung nochmals in einem Referendum zur Abstimmung zu stellen.

Leitkultur und Integration

Für viele bürgerliche Wähler ist es entscheidend, mit welchem Selbstverständnis, mit welchen Zielen und auf welcher ideellen und sittlichen Grundlage die Mehrheitsgesellschaft die Integration der Zuwanderer angeht. Udo di Fabio (2015, S. 47) zufolge geht es darum, „ob eine Gesellschaft weiß, wer sie ist“ und wie sie ihre Identität, ihre Traditionen und Eigenarten bewahrt und hochhält. Dieses Verlangen ist solange mit ordoliberalen Prinzipien vereinbar, solange es nicht mit der von Hayek beschriebenen „Feindseligkeit gegen das Fremde und Andersartige“ verbunden wird. Die gute Nachricht ist, dass auch die große Mehrheit der wertorientierten Bürgerlichen nicht generell feindselig gegenüber dem Fremden und Andersartigen ist und genau den von Hayek vertretenen Patriotismus, nicht aber einen ausgrenzenden Nationalismus, teilt.

Kurz gefasst kann eine besser geregelte Migration⁸ ebenso wie eine stärkere Identifikation mit den eigenen Wurzeln dazu beitragen, die Spannungen im Inland zu vermindern, die Integration von Migranten zu erleichtern und die Akzeptanz des internationalen Freihandels zu erhöhen. Die Möglichkeiten, den globalen Freihandel lokal steuern zu können, mögen begrenzt sein. Dafür gibt es viele andere Politikfelder, über die die Menschen vor Ort entscheiden können, und viele andere Bereiche, in denen

8 | Hierfür wird häufig das Beispiel Kanada genannt. Harell et al. (2012, S. 520) zeigen: „[S]elective immigration policy may be a critical component of high levels of support for immigration in Canada, and elsewhere as well.“

die Menschen ihr Bedürfnis nach Zugehörigkeit, nach Kontrolle und nach menschlicher Solidarität stillen können; zuvorderst die Familie und die lokalen Gemeinschaften. Wenn die Menschen sich in diesen Bereichen sicher, gestärkt und aufgehoben fühlen, brauchen sie die Globalisierung nicht zu fürchten.

MITSPRACHE UND STIL

Viele wertorientierte Bürgerliche haben das Bedürfnis nach Kontrolle und Mitsprache, gerade wenn es um grundlegende Entscheidungen wie die zur Zukunft der Europäischen Union, aber auch um Fragen der Migration geht. Referenden können eine Antwort auf dieses Bedürfnis sein, wenn die Voraussetzungen stimmen. Dazu zählen Andersen et al. (2017) zufolge, dass

- Referenden Teil des Verfassungsrahmens werden,
- dabei klare Bedingungen für Referenden festgelegt werden,
- Regierungen Referenden nicht als Ad-hoc-Instrument zum Erreichen ihrer Ziele benutzen,
- die Initiative von Seiten der Bürger und nicht des Staates kommt und
- Referenden eine Wahl zwischen klar definierten Alternativen bieten.

Aus ordnungs- oder verfassungsökonomischer Sicht eignen sich Fragen, bei denen die eigene Betroffenheit der Wähler weniger klar ist (z. B. Ausgestaltung einer Schuldenbremse) besser für Referenden als Fragen mit absehbarer Verteilungswirkung (z. B. Rentenhöhe).

Aus ordnungs- oder verfassungsökonomischer Sicht eignen sich Fragen, bei denen die eigene Betroffenheit der Wähler weniger klar ist (z. B. Ausgestaltung einer Schuldenbremse) besser für Referenden als Fragen mit absehbarer Verteilungswirkung (z. B. Rentenhöhe). Wenn die Wähler hinter einem Schleier der Unsicherheit abstimmen und die eigene Betroffenheit nicht mit dem Taschenrechner ausrechnen können, orientieren sie sich eher an den gemeinsamen Regelinteressen.

Vetorecht

Zudem ist bedenkenswert, ob Bürger ein Vetorecht bekommen sollten, um gewisse, weitreichende politische Entscheidungen vor ihrer Umsetzung wieder zu kippen. Damit würde der diskretionäre Handlungsspielraum der Politik eingeschränkt und den Bürgern ein zusätzliches Kontroll- und Sanktionsinstrument in die Hand gegeben (vgl. Zoll 2003, S. 361).

Narrativ für Liberale, Moderate und Konservative

Die Fokussierung auf Einzelthemen wird nicht ausreichen, um konservative Wähler langfristig an bürgerliche Parteien zu binden. So ist es nicht erfolgsversprechend, nur die Auswirkungen des Freihandels zu betrachten, um die richtigen Antworten sowohl für konservative Wähler als auch auf protektionistische Tendenzen zu finden. Wenn wir davon ausgehen, dass Menschen nur bis zu einem gewissen Tempo einen Wandel ihrer gewohnten Lebensbedingungen durch außerhalb ihres Einflussbereiches liegende soziale Phänomene wie die Globalisierung, den technischen Wandel, die Migration oder den Wertewandel akzeptieren, sollten die Auswirkungen dieser Phänomene sinnvoll nur zusammen betrachtet werden. Es geht entsprechend um ein politisches Narrativ, welches es als Ganzes überzeugend zu vertreten gilt.

Der Psychologe Jonathan Haidt (2012, S. 332 ff.) hat die Unterschiede der liberal-progressiven und konservativen moralischen Fundamente untersucht, auf denen progressive und konservative Narrative aufbauen. Während das liberal-progressive Narrativ im Wesentlichen auf der moralischen Kategorie Fürsorge beruht und den Einsatz für Benachteiligte und Unterdrückte heraushebt, beruht das konservative Narrativ auf einem breiteren moralischen Fundament, welches neben dem Streben

nach Fairness, Freiheit und Fürsorge auch durch „Loyalität“, „Autorität“ und einer meist religiös begründeten „Reinheit“ geprägt ist. Haidt beobachtet, dass Konservative und Moderate sich weit besser in einen Liberalen im amerikanischen Sinne hineinversetzen können, da sie sein moralisches Fundament hinsichtlich Fürsorge, Freiheit und Fairness zumindest im Grundsatz teilen, während Progressive oft keinerlei Verständnis für das moralische Fundament von Konservativen haben.

Überhaupt anzuerkennen, dass das Gegenüber seine Positionen auch auf moralischen Grundüberzeugungen aufbaut, auch wenn sich diese von den eigenen Überzeugungen unterscheiden, wäre bereits ein wichtiger Schritt hin zu einer fruchtbaren Diskussionskultur. Ein weiterer Schritt wäre ein Narrativ, welches sowohl Liberale, Moderate und Konservative anspricht. Ein ordoliberal inspiriertes Narrativ könnte dieses Kunststück schaffen, indem es die Bedeutung von fairen Regeln betont, die für alle gelten, aber nicht nur den Schutz von Minderheiten und eines sich von unten entwickelnden gesellschaftlichen Wandels gewährleisten, sondern auch den Raum für konservative Wertvorstellungen, Traditionen und Gemeinschaften absichern.

Diskussionskultur

Der ordoliberale Ansatz kann auch dabei helfen, einen politischen Stil⁹ zu finden, der konservative Wähler einbindet, ohne moderate und liberale Wählergruppen abzuschrecken. Dazu gehört zunächst, dass souveräne Bürger als solche behandelt werden sollten. Die ausgestreckte Hand erreicht meist mehr als der erhobene Zeigefinger. Politiker sollten den Bürgern konsistente Regeln anbieten, ohne sie zu belehren oder zu bevormunden. Umso mehr Menschen wieder das Gefühl haben, von den politischen und medialen Eliten ernst genommen zu werden und auf die politischen Entscheidungen Einfluss zu haben, umso mehr Menschen werden den von Globalisierung und technologischen Entwicklungen vorangetriebenen Wandel als Chance und nicht als Bedrohung wahrnehmen.

„Mehr Ordo wagen“ bedeutet für einzelne Politiker, sich zurücknehmen zu können, um so den Regelinteressen der souveränen Bürger als entscheidendes Kriterium wieder ins Zentrum der politischen Diskussion zu verhelfen. Die souveränen Bürger sind ihrerseits gefordert, innerhalb und außerhalb der sozialen Netzwerke durch einen vernünftigen Umgangston zu einer besseren Diskussionskultur beizutragen. Mit Blick auf das Debattenklima beschreibt der Medienwissenschaftler Bernhard Pörksen (2018) die Bildungsutopie einer redaktionellen Gesellschaft, in der ein publizistisches Wertegerüst und grundlegende Kommunikationsregeln zum Bestandteil der Allgemeinbildung werden: „[A]rbeite wahrheitsorientiert, prüfe erst, publiziere später, sei skeptisch, versuche der Verführung durch Ideologien zu entgehen, benutze mehrere Quellen, unterscheide klar zwischen Werbung und Berichterstattung, skandalisiere nur, was tatsächlich relevant ist“ und, ganz wichtig: „Höre auch die andere Seite“.

FAZIT

Die Befunde dieser Studie dürften all jene ermutigen, die als Antwort auf wirtschaftspopulistische und protektionistische Tendenzen auf eine umfassende Rückbesinnung auf ordoliberale Prinzipien wie Subsidiarität, Haftung und Rechtsstaatlichkeit setzen und die ebenso demütig wie ernsthaft versuchen, Brücken zu bauen statt bestehende Gräben weiter zu vertiefen.

9 | Müller-Armack verstand die Soziale Marktwirtschaft nicht als genau definierte Wirtschaftsordnung, sondern eher als „Stilform“ (1952/2008), die es auszufüllen gelte.

„[A]rbeite wahrheitsorientiert, prüfe erst, publiziere später, sei skeptisch, versuche der Verführung durch Ideologien zu entgehen, benutze mehrere Quellen, unterscheide klar zwischen Werbung und Berichterstattung, skandalisiere nur, was tatsächlich relevant ist“ und, ganz wichtig: „Höre auch die andere Seite“.

In Großbritannien und den USA sieht der Economist (2017) die Regierungschefs vor dem Dilemma, nicht gleichzeitig populistisch und marktwirtschaftlich sein zu können, wenn sie nicht entweder die Wähler oder „die Märkte“ enttäuschen wollen. Die hier beschriebenen Prinzipien weisen einen Ausweg. Auch in Deutschland könnte dieser Ausweg früher oder später wichtig werden, auch wenn derzeit der wirtschaftspopulistische Druck noch vergleichsweise gering ist.

Ordoliberalen Prinzipien können, wenn sie wie von Hayek und Röpke vertreten werden, liberale und konservative Ansichten zu einem schlüssigen liberalkonservativen Konzept verbinden. Sie bieten einen zum Teil durchlässigen und zum Teil abgrenzenden liberalen Rahmen, in den auch konservative Werte, Strukturen und Traditionen sehr gut passen. Dieser Rahmen kann Veränderungen durch Globalisierung und technologischen Wandel kanalisieren, den Einfluss der Bürger auf die Rahmenbedingungen erhöhen, politische und private Macht begrenzen und damit gewachsene, traditionelle Gemeinschaften vor bestimmten, von außen bzw. von oben induzierten Formen des kulturellen Wandels und der Migration schützen. Für Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, pauschale Kapitalismuskritik und Nationalismus hingegen bietet ein liberaler Ordnungsrahmen keinen geschützten Raum.



Es besteht die Hoffnung, dass ein solches Konzept gerade in Zeiten überzeugen kann, in denen die Offenheit gegenüber Neuem und Unbekanntem entscheidend ist für den Erfolg einer Volkswirtschaft, während der Wandel auf verschiedenen Ebenen gerade Konservative zunehmend verunsichert und dazu beiträgt, den geistigen Riss in der Gesellschaft zu vergrößern.

Alfred Schüller (2011) zufolge lehrt uns die Erfahrung, dass der Ordogedanke nach Zeiten ordnungspolitischer Fehlorientierung regelmäßig eine große Kraft gewonnen hat. Um dieser Kraft wieder Entfaltungsspielräume zu verschaffen, bedarf es engagierter Vertreter ordoliberaler Prinzipien, die wirtschaftliche Zusammenhänge in einer verständlichen, aber nicht überheblichen Sprache formulieren. Es bedarf der Brückenbauer, wie es Ludwig Erhard und Alfred Müller-Armack waren, die sich auf die Kernideen der Sozialen Marktwirtschaft besinnen und das verbindende Potential des ordoliberalen Konzepts für ihre Politik nutzen.

Literatur

- ANDERSEN, Torben M., Giuseppe BERTOLA, John DRIFILL, Clemens FUEST, Harold JAMES, Jan-Egbert STURM und Branko UROŠEVIC, 2017. *Economic Policy and the Rise of Populism – It's Not So Simple*. In: *The EEAG Report on the European Economy 2017: Economics of Populism*. München: CESifo, S. 50–66.
- BAUER, Matthias, 2016. *Manufacturing Discontent: The Rise to Power of Anti-TTIP Groups*. In: *ECIPE Occasional Papers*. 02/2016. Brüssel: European Centre for International Political Economy (ECIPE).
- BETTS, Alexander und Paul COLLIER, 2017. *Refuge: Transforming a Broken Refugee System*. London: Penguin UK.
- BIEBER, Friedemann, 2018. Wenn Souveräne Schulden machen. *Frankfurter Allgemeine Zeitung*. 21.02.2018.
- DAVIS, Lewis und Sunit S. DEOLE, 2018. *Immigration and the Rise of Far-right Parties in Europe*. In: *ifo DICE Report*. 15(4), S. 10–15.
- DI FABIO, Udo, 2015. *Schwankender Westen: Wie sich ein Gesellschaftsmodell neu erfinden muss*. München: C. H. Beck.
- COGGAN, Philipp, 2017. *You can't be both a populist and a free-market conservative*. In: *The Economist* [online]. 20.01.2017. <http://www.economist.com/blogs/buttonwood/2017/01/fatal-contradictions?fsrc=scn/fb/te/bl/ed/>
- EDELMAN INTELLIGENCE, 2016. *Trust Barometer 2016. Annual global study*.
- NORWEGIAN CENTRE FOR RESEARCH DATA, 2016. *ESS Round 8 (2016). Data file edition 1.0*. Bergen.
- EUCKEN, Walter, 1952/1990. *Grundsätze der Wirtschaftspolitik*. 6. Auflage. Tübingen: Mohr Siebeck.
- GIETEL-BASTEN, Stuart, 2016. *Why Brexit? The toxic mix of immigration and austerity*. In: *Population and Development Review*. 42(4), S. 673–680.
- GOLDER, Matt, 2016. *Far right parties in Europe*. In: *Annual Review of Political Science*. 19, S. 477–497.
- GOODHART, David, 2017. *The Road to Somewhere. The Populist Revolt and the Future of Politics*. London: C. Hurst.
- GOODWIN, Matthew und Thomas RAINES, 2017. *European Disunion*. In: *Politico*. 22.06.2017.
- GOODWIN, Matthew und Caitlin MILAZZO, 2017. *Taking back control? Investigating the role of immigration in the 2016 vote for Brexit*. In: *British Journal of Politics and International Relations*. 19(3), S. 450–464.
- GROSECLOSE, Tim, 2011. *Left turn: How Liberal Media Bias Distorts the American Mind*. New York: St. Martin's Press.
- THE GUARDIAN, 2016. *British want EU migrants to stay after Brexit, says poll*. *The Guardian* [online]. 21.08.2016. <https://www.theguardian.com/world/2016/aug/21/migration-poll-eu-workers-brexit>.
- HABERMANN, Gerd, 2017. *Über die soziale Wärme des Kapitalismus*. Berlin.
- HAFFERT, Lukas, 2018. *Metropole des Populismus. Berlin als Totem der Elitenkritik*. In: *Merkur*. 72(2), S. 71–76.
- HAIDT, Jonathan, 2012. *The Righteous Mind: Why Good People are Divided by Politics and Religion*. New York: Penguin.
- HAINMUELLER, Jens und Daniel J. HOPKINS, 2014. *Public attitudes toward immigration*. In: *Annual Review of Political Science*. 17, S. 225–249.
- HALLA, Martin, Alexander WAGNER und Josef ZWEIMÜLLER, 2015. *Immigration and far-right voting: New evidence*. In: *VoxEU.org* [online]. 29.11.2015. <https://voxeu.org/article/immigration-and-far-right-voting-new-evidence>
- HALLER, Michael, 2017. *Die „Flüchtlingskrise“ in den Medien. Tagesaktueller Journalismus zwischen Meinung und Information. Eine Studie der Otto-Brenner-Stiftung*. Frankfurt: Otto-Brenner-Stiftung.
- HALLIN, Daniel C., 2018. *Mediatization, neoliberalism and populisms: the case of Trump*. In: *Contemporary Social Science*. N.N., 1–12.
- HANGARTNER, Dominik, Elias DINAS, Moritz MARBACH, Konstantinos MATAKOS und Dimitrios XEFTERIS, 2017. *Does Exposure to the Refugee Crisis Make Natives More Hostile?* Zürich: *Standford-Zürich Immigration Policy Lab Working Paper*.
- HANK, Rainer, 2017. *Ein Loblied auf den Nationalismus*. *Frankfurter Allgemeine Zeitung*. 25.02.2017.
- HARELL, Allison, Stuart SOROKA, Shanto IYENGAR und Nicholas VALENTINO, 2012. *The Impact of Economic and Cultural Cues on Support for Immigration in Canada and the United States*. In: *Canadian Journal of Political Science/Revue canadienne de science politique*. 45(3), S. 499–530.
- HAYEK, Friedrich A. von, 1945/2009. *Der Weg zur Knechtschaft*. München: Olzog.
- HAYEK, Friedrich A. von, 1949/2016. *Die Intellektuellen und der Sozialismus*. In: *Fazit* [online]. Ohne Datum. <http://www.fazit-magazin.at/2016/07/die-intellektuellen-und-der-sozialismus/>
- HAYEK, Friedrich A. von, 1971/2005. *Die Verfassung der Freiheit*. 4. Auflage. Tübingen: Mohr Siebeck.
- HAYEK, Friedrich A. von, 1973-1979/2003. *Recht, Gesetz und Freiheit*. Tübingen: Mohr Siebeck.
- HAYEK, Friedrich A. von, 1976. *Individualismus und wirtschaftliche Ordnung*. 2. Auflage. Salzburg: Verlag Wolfgang Neugebauer.
- HAYEK, Friedrich A. von, 1996. *Die verhängnisvolle Anmaßung. Die Irrtümer des Sozialismus*. Tübingen: Mohr Siebeck.
- HIRSH, Michael, 2016. *Why Trump and Sanders Were Inevitable*. In: *Politico* [online]. 02/2016. <https://www.politico.com/magazine/story/2016/02/why-donald-trump-and-bernie-sanders-were-inevitable-213685>
- HILMER, Richard, Bettina KOHLRAUSCH, Rita MÜLLER-HILMER und Jérémie GAGNÉ, 2017. *Einstellung und soziale Lebenslage: Eine Spurensuche nach Gründen für rechtspopulistische Orientierung, auch unter Gewerkschaftsmitgliedern*. Düsseldorf: Hans-Böckler-Stiftung.
- HOBOLT, Sarah und Catherine de VRIES, 2016. *Public support for European integration*. In: *Annual Review of Political Science*. 19, S. 413–432.
- HÖLIG, Sascha und Uwe HASEBRINK, 2017. *Reuters Institute Digital News Survey 2017: Ergebnisse für Deutschland*. Hamburg: Arbeitspapiere des Hans-Bredow-Instituts.
- HUTTER, Swen und Hanspeter KRIESI, 2013. *Movements of the Left, Movements of the Right Reconsidered*. In: *Jacquelin van STEKELENBURG, Conny ROGGEBAAND und Bert KLANDERMANS, Hrsg. The Future of Social Movement Research: Dynamics, Mechanisms, and Processes*. Minneapolis: University of Minnesota Press, S. 281–298.

- INGLEHART, Ronald, 1971. *The Silent Revolution in Europe: Intergenerational Change in Post-industrial Societies*. In: *American Political Science Review*. 65(4), S. 991–1017.
- INGLEHART, Ronald und Pippa NORRIS, 2017. *Trump and the Populist Authoritarian Parties: The Silent Revolution in Reverse*. In: *Perspectives on Politics*. 15(2), S. 443–454.
- INGLEHART, Ronald und Pippa NORRIS, 2016. *Trump, Brexit, and the Rise of Populism: Economic Have-Nots and Cultural Backlash*. Harvard Kennedy School Faculty Research Working Paper 16-026.
- KAUFMANN, Eric, 2016. *Trump and Brexit: Why it's again NOT the economy, stupid*. In: *British Politics and Policy at LSE* [online]. <http://blogs.lse.ac.uk/politicsandpolicy/trump-and-brexit-why-its-again-not-the-economy-stupid/>
- KAUFMANN, Eric, 2017a. *Why the fear of Islamization is driving populist right support, and what to do about it*. In: *British Politics and Policy at LSE* [online]. <http://blogs.lse.ac.uk/politicsandpolicy/why-the-fear-of-islamization-is-driving-populist-right-support/>
- KAUFMANN, Eric, 2017b. *Why Values, not Economics, Hold the Key to the Populist Right – and to Crafting New Migration Narratives*. International Organization of Migration.
- KIELMANSEGG, Peter Graf, 2017. *Populismus ohne Grenzen*. Frankfurter Allgemeine Zeitung. 13.02.2017, Nr. 37, S. 6.
- LÜNENBORG, Margreth und Simon BERGHOFER, 2010. *Politikjournalistinnen und Journalisten: Aktuelle Befunde zu Merkmalen und Einstellungen vor dem Hintergrund ökonomischer und technologischer Wandlungsprozesse im deutschen Journalismus*. Berlin: Deutscher Fachjournalisten-Verband (DFJV).
- MÜLLER-ARMACK, Alfred, 1946/1990. *Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft*. München: Kastell.
- MÜLLER-ARMACK, Alfred, 1952/2008. *Stil und Ordnung der Sozialen Marktwirtschaft*. In: GOLDSCHMIDT, N. und M. WOHLGEMUTH, Hrsg. *Grundtexte zur Freiburger Tradition der Ordnungsökonomik*. Tübingen: Mohr-Siebeck, S. 457–466.
- OWEN, Erica und Stefanie WALTER, 2017. *Open Economy Politics and Brexit: Insights, Puzzles, and Ways Forward*. In: *Review of International Political Economy*. 24(2), S. 179–202.
- PETERSEN, Thies, 2017. *Populistische Wirtschaftspolitik*. In: *Das Wirtschaftsstudium (WISU)*. 46, S. 907–909.
- PEW RESEARCH CENTER, 2016. *Trump voters want to build the wall, but are more divided on other immigration questions* [online]. Washington, D.C.: Pew Research Center. <http://www.pewresearch.org/fact-tank/2016/11/29/trump-voters-want-to-build-the-wall-but-are-more-divided-on-other-immigration-questions/>.
- PISANI-FERRY, Jean et al., 2016. *Europe after Brexit: A proposal for a continental partnership*. Brüssel: Bruegel External Publication.
- PÖRKSEN, Bernhard, 2018. *Wir sind auf dem Weg zur Empörungsdemokratie*. Neue Zürcher Zeitung. 15.2.2018.
- ROODUIJN, Matthijs, Brian BURGOON, Erika VAN ELSAS und Herman VAN DE WERFHORST, 2017. *Radical distinction: Support for radical left and radical right parties in Europe*. In: *European Union Politics*. 18(4), S. 536–559.
- RÖPKE, Wilhelm, 1945. *Internationale Ordnung*. Erlenbach/Zürich/Stuttgart: Eugen Rentsch Verlag.
- RÖPKE, Wilhelm, 1948. *Die Gesellschaftskrisis der Gegenwart*. 5. Auflage. Erlenbach/Zürich/Stuttgart: Eugen Rentsch Verlag.
- RÖPKE, Wilhelm, 1958. *Jenseits von Angebot und Nachfrage*. 2. Auflage. Erlenbach/Zürich/Stuttgart: Eugen Rentsch Verlag.
- RÖPKE, Wilhelm, 1955/2009. *Der Wohlfahrtsstaat im Kreuzfeuer der Kritik*. In: Hennecke, Hrsg., 2009. *Wilhelm Röpke. Marktwirtschaft ist nicht genug. Gesammelte Aufsätze*. Waltröp: Manuscriptum, S. 289–302.
- RÖPKE, Wilhelm, 1956/2009. *Jenseits von Angebot und Nachfrage. Die Marktwirtschaft ist nicht alles*. In: Hennecke, Hrsg., 2009. *Wilhelm Röpke. Marktwirtschaft ist nicht genug. Gesammelte Aufsätze*. Waltröp: Manuscriptum, S. 303–314.
- RÖPKE, Wilhelm, 1962/2009. *Grundlagen und Grundkräfte der modernen Welt*. In: Hennecke, Hrsg., 2009. *Wilhelm Röpke. Marktwirtschaft ist nicht genug. Gesammelte Aufsätze*. Waltröp: Manuscriptum, S. 413–430.
- RÖPKE, Wilhelm, 1963. *Kampf gegen die Inflation unserer Zeit*. In: Hunold, Hrsg. *Inflation und Weltwährungsordnung*. Erlenbach/Zürich/Stuttgart: Eugen Rentsch Verlag.
- RÖPKE, Wilhelm, 1964/2009. *Wir zornigen alten Männer*. In: Hennecke, Hrsg., 2009. *Wilhelm Röpke. Marktwirtschaft ist nicht genug. Gesammelte Aufsätze*. Waltröp: Manuscriptum, S. 431–436.
- RHONHEIMER, Martin, 2016. *Warum Hayek kein Konservativer war: Ein Beitrag zur aktuellen Liberalismusdebatte*. In: *ORDO*. 67, 481–498.
- RÜSTOW, Alexander, 1950/2001. *Das Versagen des Wirtschaftsliberalismus*. 3. Auflage. Marburg: Metropolis.
- SCHÜLLER, Alfred, 2011. *Ordoliberalismus*. In: *Lexikon der Sozialen Marktwirtschaft*. Konrad-Adenauer-Stiftung.
- SCHWARTZ, Shalom H., 1992. *Universals in the Content and Structure of Values: Theoretical Advances and Empirical Tests in 20 Countries*. In: *Advances in experimental social psychology*. 25, S. 1–65.
- SINN, Hans-Werner, 2018. *Brexit, Deutschland und die Zukunft der EU*. Frankfurter Allgemeine Zeitung. 23.2.2018.
- THE ECONOMIST, 2017. *Britain now has a four-party system*. In: *The Economist* [online]. 30.9.2017. <https://www.economist.com/news/britain/21729752-labour-and-conservatives-are-both-divided-meet-new-forces-british-politics>
- TIMIRAOS, Nick, 2017. *Divisions Lurk Inside Trump's Economic Team*. In: *The Wallstreet Journal*. 9.1.2017. <https://www.wsj.com/articles/trump-picks-set-economic-policy-on-unpredictable-course-1483985065>
- VEHRKAMP, Robert und Klaudia WEGSCHAIER, 2017. *Populäre Wahlen. Mobilisierung und Gegenmobilisierung der sozialen Milieus bei der Bundestagswahl 2017*. Gütersloh: Bertelsmann-Stiftung.
- VRIES, Catherine de und Isabell HOFFMANN, 2016. *Globalisierungsangst oder Wertekonflikt? Wer in Europa populistische Parteien wählt und warum*. Gütersloh: Bertelsmann-Stiftung.
- YACK, Austin, 2017. *Eighty Percent of Media Coverage on Trump is Negative*. In: *National Review* [online]. 22.5.2017. <http://www.nationalreview.com/corner/447856/donald-trump-media-coverage-80-percent-negative-harvard-study-finds>.
- ZOLL, Ingrid, 2003. *Öffentliche Meinung und politisches Handeln*. Bern: Haupt.
- ZWEYNERT, Joachim, 2008. *Die Soziale Marktwirtschaft als politische Integrationsformel*. In: *Wirtschaftsdienst*. 88(5), S. 334–337.

Die Autoren

[Dr. Nils Hesse](#) ist Politologe und Ökonom und arbeitete als Journalist, im Bundestag, beim Bundesverband der Deutschen Industrie, als Redenschreiber für zwei Bundeswirtschaftsminister, im Bundeskanzleramt, für die EU-Kommission und in der Ständigen Vertretung Deutschlands bei der EU. Er beschäftigt sich wissenschaftlich mit Fragen der politischen Ökonomie und der europäischen Ordnungspolitik.

[Dr. Matthias Bauer](#) ist Senior Economist am European Centre for International Political Economy (ECIPE) in Brüssel. Seine Forschungsarbeit konzentriert sich auf die Themen Internationale Handelspolitik, Zivilgesellschaft und NGOs, Europäischer Binnenmarkt, Europäische Wirtschafts- und Währungsunion, Wettbewerbspolitik und Digitale Ökonomie.

[Felix Karstens](#) forscht als Volkswirt und Politologe zur öffentlichen Meinung in Europa. Er arbeitete im Auswärtigen Amt, der EU-Kommission und der Privatwirtschaft.

Redaktion und Ansprechpartner in der Konrad-Adenauer-Stiftung

David Gregosz
Kordinator für Internationale Wirtschaftspolitik
Hauptabteilung Europäische und Internationale
Zusammenarbeit
Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

Büro: Klingelhörerstraße 23
10785 Berlin
Post: 10907 Berlin
Telefon: 0049/30/26996-3516
Telefax: 0049/30/26996-3551

IMPRESSUM

Herausgeberin

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. 2018
Sankt Augustin/Berlin

Fotos

Titelmotiv: © Fasserhaus / photocase.de

Layout und Satz

SWITSCH KommunikationsDesign, Köln

Druck

Kern GmbH, Bexbach

Erste Auflage, Redaktionsschluss 15. Juni 2018
ISBN 978-3-95721-456-0

www.kas.de



Der Text dieses Werkes ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“, CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>).



www.kas.de



Konrad
Adenauer
Stiftung